

1 **Grundsatzfragen**

2 **Antrag 1.1**

3 **Antragsteller: Landesvorstand**

4  
5 **Forderungen an eine neue Landesregierung**

6  
7  
8 **I. Grundsätze**

9  
10 Bildung ermöglicht es dem Menschen, seine geistigen und  
11 körperlichen Fähigkeiten und Talente sowie seine sozialen  
12 Fähigkeiten zu entfalten. Sie dient der allseitigen Entwick-  
13 lung des Menschen. Gute und umfassende Bildung bringt  
14 dem Menschen nicht nur die Voraussetzungen für die  
15 Führung eines selbst bestimmten Lebens, sondern ver-  
16 setzt ihn auch in die Lage, die Gesellschaft mit zu gestalten.  
17 Deshalb darf Bildung nicht rein ökonomischen Ver-  
18 wertungsinteressen unterliegen.

19 Dem deutschen Bildungssystem mangelt es an Gerechtig-  
20 keit. Auch im Jahr 2011 bestimmt die soziale Herkunft über  
21 Bildungs- und Zukunftschancen. Von der Kindertages-  
22 stätte bis zur Hochschule benachteiligt das deutsche Bil-  
23 dungssystem Menschen aus einkommensschwachen Fa-  
24 milien und mit Migrationshintergrund.

25 Die GEW macht sich für das Recht auf Bildung für alle  
26 Menschen in einem inklusiven Bildungssystem stark. Bil-  
27 dung muss alle Menschen einbeziehen und gesellschaftliche  
28 Ungleichheiten abbauen. Aussonderungen nach Her-  
29 kunft und sozialer Stellung, nach Behinderung oder  
30 Krankheit, nach Konfession oder Weltanschauung, nach  
31 Geschlecht oder Nationalität darf es nicht geben.

32 Als Bildungsgewerkschaft sind wir sowohl eine wichtige  
33 bildungspolitische Stimme für ein starkes Bildungssystem  
34 in öffentlicher Verantwortung als auch gewerkschaftliche  
35 Interessenvertretung für unsere Mitglieder.

36 Wir leiten daraus u. a. folgende Positionen und Forderun-  
37 gen ab:

- 38
- 39 1. Der Zugang zu Bildung von der Kindertagesstätte,  
40 über Schule bis hin zur Hochschule und zu Weiterbil-  
41 dungseinrichtungen muss beitrags- und diskriminier-  
42 ungsfrei sein.
  - 43 2. Alle Kinder und Jugendliche lernen gemeinsam in  
44 „Einer Schule für alle“.
  - 45 3. Alle Bildungsbereiche sind für Kinder mit und ohne  
46 Behinderung geöffnet.
  - 47 4. Gebundene Ganztagschulen, Ganztagsangebote  
48 und Schulsozialarbeit werden ausgebaut.
  - 49 5. Der Ausbau von Bildung ist eine Investition in die Zu-  
50 kunft. Die GEW will daher ein starkes öffentliches  
51 Bildungssystem auf solider finanzieller Basis.
  - 52 6. Alle Hochschulen müssen sozial geöffnet werden.  
53 Sie sind personell und finanziell so auszustatten,  
54 dass sie künftigen Anforderungen an Lehre und For-

- 1 schung gerecht werden und eine qualifizierte Ausbil-  
2 dung gewährleisten können.
- 3 7. Das Weiterbildungssystem ist in allgemeiner staatli-  
4 cher Verantwortung. Weiterbildungsprogramme müs-  
5 sen Bestandteil einer aktiven Sozial-, Kultur- und Be-  
6 schäftigungspolitik in der Region sein.
- 7 8. Zu guter Bildung gehören auch gute Arbeitsbedin-  
8 gungen für die Beschäftigten. Nur mit guten Arbeits-  
9 bedingungen ist gute Bildung möglich. Belastungen  
10 durch zu hohe Arbeitszeit sowie zu große Gruppen /  
11 Klassen in Kitas, Schulen und Hochschulen müssen  
12 deshalb reduziert werden. Die GEW lehnt eine Ver-  
13 längerung der Lebensarbeitszeit auf 67 ab.
- 14 9. Die GEW fordert volle Verhandlungs- und Mitbe-  
15 stimmungsrechte für alle Beschäftigten, auch für Be-  
16 amtinnen und Beamte. Sie tritt für ein einheitliches  
17 Personalrecht im öffentlichen Dienst ein. Das Streik-  
18 recht muss als Menschenrecht auch für Beamtinnen  
19 und Beamten in Deutschland anerkannt werden.
- 20 10. Die GEW kämpft für die volle tarifvertragliche Absi-  
21 cherung aller Beschäftigten, an privaten wie auch an  
22 öffentlichen Bildungseinrichtungen. Nachdrücklich  
23 fordert die GEW die Tarifierung der Entgeltordnung  
24 für die Lehrerinnen und Lehrer (L-ego). Als Ziel stre-  
25 ben wir die einheitliche Vergütung (EG 14) bzw. Be-  
26 soldung (A 13) für alle Lehrerinnen und Lehrer unab-  
27 hängig von Schulart und Schulstufe an.
- 28 11. Die GEW setzt sich für gleiche Rechte und berufliche  
29 Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen und Männer ein.  
30 Die Entwicklungs- und Karrierehemmnisse für Frau-  
31 en, vor allem im Hochschulbereich, müssen dringend  
32 abgebaut werden.
- 33 12. Die GEW wendet sich mit aller Entschiedenheit ge-  
34 gen jede Form der Fremdenfeindlichkeit. Es ist eine  
35 besondere Verpflichtung der PädagogInnen und Wis-  
36 senschaftlerInnen, ein Klima der Toleranz gegenüber  
37 Minderheiten zu schaffen. Das Zusammenleben von  
38 Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen  
39 zu ermöglichen ist eine Hauptaufgabe aller gesell-  
40 schaftlichen Einrichtungen und Gruppen. Die GEW  
41 setzt sich deshalb auch für die interkulturelle Öffnung  
42 aller Bildungseinrichtungen ein.

## 43 44 **II. Forderungen der GEW an die nächste Landesre-** 45 **gierung**

46  
47 Im Sinne eines gerechten und zukunftsorientierten Bil-  
48 dungssystems halten wir einen Kurswechsel der Politik für  
49 notwendig und für machbar. Als Einstieg in diesen Kurs-  
50 wechsel fordern wir von der künftigen Landesregierung ein  
51 14 – Punkte - Programm zur Verbesserung der Bildungs-  
52 politik und der Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten:

53

- 1 1. Erhalt aller durch den Schülerrückgang frei werden-  
2 den Stellen im Bildungssystem.
- 3 2. Schrittweise Reduzierung der Lehrerarbeitszeit durch  
4 eine Pflichtstundenreduzierung zunächst um eine  
5 Unterrichtsstunde zum Schuljahr 2013/14 für die  
6 Lehrkräfte an den Grundschulen. Zum Schuljahr  
7 2014/15 findet eine weitere Pflichtstundenreduzie-  
8 rung mit dem Ziel statt, die Pflichtstundenzahl für  
9 Lehrkräfte an Grund-, Regional- und Gemeinschafts-  
10 schulen sowie an Förderzentren auf 26 und an Be-  
11 rufsbildenden Schulen sowie Gymnasien auf 24,5 zu  
12 senken. Die übrigen Lehrkräfte an den Schulen er-  
13 halten zu diesem Zeitpunkt bezogen auf den Erlass  
14 vom 20. Juli 2010 ebenfalls eine Reduzierung ihrer  
15 Pflichtstunden um je eine Stunde. In einem Stufen-  
16 plan sollen sich weitere Pflichtstundenreduzierungen  
17 hin zum Ziel der GEW - höchstens 24 Pflichtstunden  
18 für alle Lehrerinnen und Lehrer – anschließen:  
19 3. Einführung von Maximalklassengrößen. Schrittweise  
20 Absenkung deren Größe: ab Schuljahr 2013/14 auf  
21 maximal 25 für die Klassen 5 bis 13 sowie an den  
22 Berufsbildenden Schulen und 22 an den Grundschu-  
23 len. Weitere Absenkung ab Schuljahr 2015/16 auf  
24 maximal 23 bzw. 20. In Brennpunktschulen und In-  
25 tegrationsklassen ist die Maximalgröße jeweils um  
26 zwei kleiner.
- 27 4. Ein „Schulfrieden“ ist nur auf der Basis eines neuen  
28 Schulgesetzes und weiterer begleitenden Maßnah-  
29 men möglich: Auslaufen von G-9, Wieder-  
30 Verankerung des gemeinsamen Lernens in den Ge-  
31 meinschafts- und Regionalschulen, Zusammenfüh-  
32 rung der Regional- und Gemeinschaftsschulen, Wie-  
33 dereinführung der gestrichenen Förder- und Differen-  
34 zierungsstunden an Gemeinschafts- und Regional-  
35 schulen, Etablierung von mindestens einer neuen  
36 Oberstufe an Gemeinschaftsschulen pro Kreis.
- 37 5. Anhebung der sonderpädagogischen Ressourcen auf  
38 den Bundesdurchschnitt.
- 39 6. In der Eingangsphase der Grundschule werden Dop-  
40 pelbesetzungen ermöglicht.
- 41 7. Schrittweiser Ausbau einer auf Dauer angelegten  
42 Schulsozialarbeit auf eine SozialpädagogInnenstelle  
43 pro 300 SchülerInnen.
- 44 8. Mindestens 10 % der Schulen werden gebundene  
45 Ganztagschulen.
- 46 9. Gleichlange und -wertige Ausbildung für alle Lehre-  
47 rInnen unabhängig von Schulform und Laufbahn. Alle  
48 für die Schulen notwendigen Fächer und Lehrämter  
49 müssen an den Hochschulen angeboten werden.
- 50 10. Höhergruppierung der „Pädagogischen MitarbeiterIn-  
51 nen“ an den Förderzentren G.
- 52 11. Gewährung von Ausgleichstatbeständen zur Absen-  
53 kung der Pflichtstundenzahl der tarifbeschäftigten  
54 Lehrkräfte (Hintergrund: die Arbeitszeit im Öffentli-

- 1 chen Dienst in Schleswig-Holstein ist für die Beam-  
2 tInnen höher als für die Tarifbeschäftigten, die  
3 Pflichtstundenzahl ist aber für alle Lehrkräfte gleich).
- 4 12. Stufenplan für die Reduzierung der Gruppengrößen  
5 in Kitas: maximal 20 Kinder ab 2013 (Abschaffung al-  
6 ler bestehender Ausnahmeregelungen); maximal 18  
7 ab 2015 und 15 ab 2017 (jeweils bei zwei Fachkräf-  
8 ten pro Gruppe). Maximal 8 Kinder in Krippen ab  
9 2013.
- 10 13. Stufenplan für Beitragsfreiheit in Krippen und Kinder-  
11 tagesstätten ab 2013: von Jahr zu Jahr ein Jahr mehr  
12 beitragsfrei.
- 13 14. Schaffung von 5000 zusätzlichen Studienplätzen in  
14 Schleswig-Holstein sowie der dazu notwendigen Inf-  
15 rastruktur.
- 16  
17  
18

## 19 **Grundsatzfragen**

### 20 **Antrag 1.2**

#### 21 **Antragsteller: Landesvorstand**

#### 22 **Streik am 3. Juni 2010 und die Folgen**

23  
24  
25 Der Streik am 3. Juni 2010 war notwendig und legitim! Er  
26 war auch rechtmäßig, wie spätestens die Rechtsspre-  
27 chung des Europäischen Gerichtshofes für Menschen-  
28 rechte in Straßburg zeigen wird. Eine Teilnahme am Streik  
29 darf daher für die beteiligten Kolleginnen und Kollegen  
30 keine negativen Folgen haben.

31

32 Deshalb fordern wir die Landesregierung auf:

33

- 34 1. Trotz ausgesprochener Disziplinarstrafen müssen aus-  
35 gewählte Kolleginnen und Kollegen, die sich am 3. Juni  
36 2010 am Streik beteiligt haben, befördert werden kön-  
37 nen.
- 38 2. Sie dürfen nicht wegen ihrer Teilnahme an dem Streik  
39 von laufenden und zukünftigen Bewerbungs- und Be-  
40 förderungsverfahren ausgeschlossen werden.
- 41 3. Die gewerkschaftliche Arbeit von GEW-Schulgruppen  
42 und GEW-Vertrauensleuten darf nicht behindert wer-  
43 den.
- 44

45 Darüber hinaus fordern wir die ab Mai 2012 amtierende  
46 Landesregierung auf, die ausgesprochenen Disziplinar-  
47 strafen zurück zu nehmen.

48

49 Die GEW Schleswig-Holstein geht davon aus, dass der  
50 Streik von verbeamteten Lehrkräften als rechtmäßiges  
51 Mittel zugelassen wird.

52 Deshalb wird der Landesvorstand beauftragt, im Zusam-  
53 menwirken mit den anderen GEW-Landesverbänden und  
54 der Bundes-GEW frühzeitig Perspektiven für die tarif- und

1 beamtenpolitische Arbeit der GEW zu entwickeln, die sich  
2 aus einem endgültigen Beschluss des Europäischen Ge-  
3 richtshofs für Menschenrechte zum Beamtenstreikrecht in  
4 Deutschland ergeben.

## 6 **Begründung**

7  
8 Nach Interpretation der europäischen Rechtsprechung  
9 haben auch Lehrkräfte ein Streikrecht. Bei völkerrechts-  
10 freundlicher Auslegung von Artikel 9 Absatz 3 Grundge-  
11 setz ist ein allgemeines, nur am Status anknüpfendes  
12 Streikverbot für Beamtinnen und Beamte in der Bundesre-  
13 publik Deutschland und damit die von der Landesregie-  
14 rung vertretene Position verfassungs- und völkerrechts-  
15 widrig. Die GEW versucht deshalb, mit Klageverfahren die  
16 höchstrichterliche Rechtssprechung in Deutschland auf  
17 der Grundlage der Rechtssprechung des Europäischen  
18 Gerichtshofs für Menschenrechte zu verändern. Die GEW  
19 wird diese Verfahren intensiv begleiten und stellt sich we-  
20 gen der grundsätzlichen Bedeutung auf eine mehrjährige  
21 Dauer ein. Es gibt erste erstinstanzliche Urteile (VG Düs-  
22 seldorf, VG Osnabrück, VG Kassel), die die gesamte  
23 Bandbreite an Entscheidungsmöglichkeiten beinhalten.  
24 Das Verwaltungsgericht Kassel hat in der zuletzt ergange-  
25 nen Entscheidung die Argumentation der GEW in voller  
26 Linie gestützt. Deshalb ist für die GEW klar, dass keine  
27 Kollegin und kein Kollege aufgrund der Streikteilnahme  
28 benachteiligt werden darf.

## 32 **Grundsatzfragen**

### 33 **Antrag 1.3**

#### 34 **Antragsteller: Landesvorstand**

### 36 **Tarifpolitik: Die GEW als Tarifgewerkschaft stärken 37 und weiterentwickeln!**

38  
39 Die GEW Schleswig-Holstein wird die Tarifarbeit entspre-  
40 chend der gewachsenen Bedeutung und den tarifpoliti-  
41 schen Herausforderungen weiter auf allen Ebenen stärken  
42 und verankern.

43  
44 Insbesondere ist die GEW bestrebt, eine Tarifkommission  
45 TVöD zu gründen und die Arbeit der Tarifkommission TV-  
46 L zu stärken. Diese Tarifkommissionen koordinieren die  
47 landesweite Tarifarbeit im Bereich der Tarifbeschäftigten  
48 des Landes (TV-L) und der Beschäftigten der Kommunen  
49 und des Bundes (TVöD). Für weitere Tarifaufgaben wer-  
50 den jeweils Tarifkommissionen im Einzelfall gegründet.  
51 Die Verankerung der Tarifkommissionen TVöD und TV-L  
52 in der Satzung und im Landesvorstand trägt dieser Stär-  
53 kung Rechnung und sorgt für eine bessere Koordinierung  
54 der landesweiten Tarifarbeit der GEW.

1 Um die GEW für kommende Tarifaueinandersetzungen  
2 besser aufzustellen, muss die Tarifarbeit in den Kreisver-  
3 bänden und die Arbeit in den Dienststellen / Betrieben  
4 verstärkt werden. Die Tarifarbeit der GEW Schleswig-  
5 Holstein muss immer mehr zur Alltagsarbeit aller Gremien  
6 und Gruppen werden. Dazu ergreift die GEW auf Landes-  
7 und Kreisebene folgende Maßnahmen:  
8

- 9 1. Tarifpolitische Themen werden aus aktuellen Anlässen  
10 und regelmäßig auf GEW-Versammlungen und -  
11 Veranstaltungen thematisiert.
- 12 2. Die GEW schult ihre Personalräte und Vertrauensleute  
13 in tarifpolitischen Themen. Die GEW stellt zur Schu-  
14 lung von Vertrauensleuten und Personalräten sowie  
15 von interessierten Mitgliedern spezielle Materialien ü-  
16 ber Rechte und Pflichten tarifbeschäftigter Lehrkräfte  
17 her.
- 18 3. Die GEW veröffentlicht stärker als bisher tarifpolitische  
19 Themen in ihren Publikationen, um sich gegenüber ih-  
20 ren Mitgliedern, den Nicht-Mitgliedern und der Öffent-  
21 lichkeit als starke und kompetente Tarifgewerkschaft  
22 darzustellen.
- 23 4. Ergänzend zu der Tarifarbeit auf der Ebene des Lan-  
24 desverbandes wird die Tarifpolitik auf der Ebene des  
25 Kreisverbandes verstärkt. Dafür müssen sich die Kreis-  
26 verbände aktiv darum bemühen, mehr tarifbeschäftigte  
27 Kolleginnen und Kollegen in die Arbeit der Kreisver-  
28 bände einzubinden. In jedem Kreisverband soll es je-  
29 weils eine/n Tarifbeschäftigte/n als Ansprechperson für  
30 die Tarifbereiche TVöD und TV-L geben, die/der mög-  
31 lichst Mitglied der jeweiligen Tarifkommission auf Lan-  
32 desebene ist.
- 33 5. Der Landesverband bietet attraktive Schulungs- und  
34 Weiterbildungsangebote für interessierte Kolleginnen  
35 und Kollegen an, die dann in den Kreisen und in den  
36 Schulen als MultiplikatorInnen wirken und somit die Ta-  
37 rifarbeit der GEW vor Ort tragen.

### 38 **Begründung**

39 Die GEW hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung  
40 und Verantwortung in der Tarifarbeit gewonnen. Zuneh-  
41 mend agiert die GEW in Tarifverhandlungen im öffentli-  
42 chen Dienst (TVöD / TV-L) und bei freien Trägern als ei-  
43 genständige Tarifgewerkschaft, um die Interessen ihrer  
44 Mitglieder durchzusetzen. Beispielhaft für den öffentlichen  
45 Dienst seien hier die Tarifrunden 2008/09/10 und 2011,  
46 der gemeinsam mit ver.di ausgetragene Tarifkonflikt zur  
47 Entgeltordnung für den kommunalen Sozial- und Erzie-  
48 hungsdienst im Jahr 2009 und der von der GEW mit ei-  
49 genständigen Verhandlungen geführte Kampf um eine  
50 Entgeltordnung für Lehrkräfte an Schulen, der seit dem  
51 Jahr 2009 anhält, genannt. Hinzu kommen Tarifverträge  
52 an der Schülerschule Pinneberg, der in den Jahren  
53  
54

1 2008/09 für die Beschäftigten bei Adelby 1 gGmbH  
2 (Flensburg, Schleswig-Flensburg) abgeschlossene Tarif-  
3 vertrag und die laufenden Tarifverhandlungen bei der  
4 AWO Stormarn.

5  
6 Die tarifpolitischen Anforderungen an die GEW werden  
7 auch in den nächsten Jahren weiter wachsen. Exempla-  
8 risch für kommenden Tarifaufinandersetzungen seien  
9 hier die Verhandlungen über eine tarifliche Entgeltordnung  
10 für angestellte Lehrkräfte an den Schulen und Hochschu-  
11 len, das Ziel einer eigenständigen tariflichen Regelung der  
12 Arbeitszeit der angestellten Lehrkräfte, die zukünftigen Ta-  
13 rifrunden im TVöD und TV-L und kommende Tarifverhand-  
14 lungen mit freien Trägern genannt.

15  
16 Die gewachsene tarifpolitische Bedeutung der GEW geht  
17 einher mit einer stetig wachsenden Arbeitsanforderung  
18 und Verantwortung gegenüber den Mitgliedern. Insofern  
19 gilt es für die GEW, auf Bundes-, Landes- und Kreisebene  
20 diesen wachsenden Anforderungen gerecht zu werden.  
21 Dafür muss die Tarifarbeit Stück für Stück Teil der alltägli-  
22 chen Arbeit der GEW werden und auf allen Ebenen ge-  
23 stärkt und verankert werden. Eine besondere Bedeutung  
24 im Hinblick auf die vor uns liegenden Tarifaufinandersetz-  
25 ungen fällt der Aufwertung der Tarifarbeit in den Kreis-  
26 verbänden und der Gewinnung von Tarifbeschäftigten für  
27 die Arbeit in den Kreisvorständen zu.

## 30 **Grundsatzfragen**

### 31 **Antrag 1.4**

32 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

#### 33 **Bildungsföderalismus in Deutschland abschaffen**

34  
35  
36 Der Kreisverband RD-Eck fordert den Landesverband der  
37 GEW auf, auf allen politischen Ebenen intensiv für die Ab-  
38 schaffung des Bildungs-Föderalismus in Deutschland zu  
39 plädieren und generell auf eine Schulstruktur zu setzen, in  
40 der alle Schülerinnen und Schüler – unabhängig von ihrer  
41 individuellen Leistungsfähigkeit – gemeinsam lernen. Ma-  
42 xime: „Eine Schule für alle“.

## 46 **Grundsatzfragen**

### 47 **Antrag 1.5**

48 **Antragsteller: Kreisverband Pinneberg**

#### 50 **Bildungsföderalismus abbauen**

51  
52 Die jetzige Struktur des deutschen Bildungssystems ver-  
53 hindert eine nachhaltige Innovation und verursacht unnöti-  
54 ge Kosten. Deshalb fordern wir:

1 Der Landesvorstand der GEW Schleswig-Holstein soll sich  
2 auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bildungsfö-  
3 deralismus der deutschen Bundesländer abgebaut wird.  
4 Ziel muss es sein, einheitliche Lehrpläne und Bildungs-  
5 standards für alle Schularten zu schaffen.

## 6 7 **Begründung**

8  
9 Das deutsche Bildungssystem hat es mittlerweile soweit  
10 gebracht, dass es im Bundesgebiet etwa 3000 unter-  
11 schiedliche Lehr-/Bildungspläne gibt. Dies wird regional in  
12 Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern durch di-  
13 verse schulinterne Curricula und/oder die unterschiedliche  
14 Auslegung der Kontingenzstundentafel noch weiter ver-  
15 stärkt. Immerhin ca. 80.000 Bundesländerüberschreitende  
16 Umzüge pro Jahr führen manche Eltern an den Rand der  
17 Verzweiflung, wenn sich ihre Kinder auf ein anderes  
18 Schulsystem einstellen müssen. In Schleswig-Holstein  
19 reicht bereits der Umzug in eine andere Stadt, der dazu  
20 führen kann, dass Kinder ihren eingeschlagenen Bil-  
21 dungsweg nicht beenden können.

22 Dass der Bildungsföderalismus zu einem Wettbewerb um  
23 das beste Bildungssystem führt, glaubt bei den beschlos-  
24 senen Sparmaßnahmen der Länder, wohl keiner mehr.  
25 Diese bildungspolitische Kleinstaaterei können wir uns in  
26 einem Land, das sich dem globalisierten Wettbewerb stel-  
27 len muss, nicht mehr leisten. Besonders dann nicht, wenn  
28 von Arbeitnehmern ein immer höheres Maß an räumlicher  
29 Flexibilität gefordert wird.

## 30 31 32 **Grundsatzfragen**

### 33 **Antrag 1.6**

34 **Antragsteller: Landesvorstand**

## 35 36 **Privatschulen in Schleswig-Holstein**

### 37 38 **1. Privatschulen sind im Grundgesetz garantiert**

39  
40 Grundsätzlich wird im Bereich der Privatschulen zwischen  
41 den staatlich geförderten Ersatzschulen und den soge-  
42 nannten Ergänzungsschulen unterschieden. Ersatzschu-  
43 len sind in Schleswig-Holstein allgemein bildende Schu-  
44 len. Im Gegensatz dazu sind die meisten privaten Ergän-  
45 zungsschulen eher im beruflichen Bereich zu finden. Der  
46 hier verwendete Begriff Privatschule bezieht sich auf die  
47 Ersatzschulen, auch Schulen in freier Trägerschaft.

48  
49  
50 Private Ersatzschulen erfreuen sich zusehends größerer  
51 Beliebtheit. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an  
52 Privatschulen stieg bundesweit in den Jahren 1992 bis  
53 2008 von 4,8 % auf 7,7 %. Auch in Schleswig-Holstein ist  
54 diese Entwicklung, wenn auch auf niedrigerem Niveau, zu

1 erkennen. So betrug die Zahl der Schülerinnen und Schü-  
2 ler an Privatschulen über viele Jahre hinweg 3,6 % (Schul-  
3 jahre 95/96, 00/01, 05/06) und stieg aber im Schuljahr  
4 2010/11 auf 4,3 %. Auch die Zahl der Genehmigungsan-  
5 träge als private Ersatzschule stieg deutlich an. Aktuell be-  
6 finden sich 4 neue Schulen im Genehmigungsverfahren.

7  
8 Private Ersatzschulen sind grundgesetzlich in Artikel 7 ga-  
9 rantiert. Sie müssen genehmigt werden, wenn sie in ihren  
10 Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftli-  
11 chen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentli-  
12 chen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der  
13 Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht ge-  
14 fördert wird.

#### 15 16 **Beschluss 1**

17 **Nach Auffassung der GEW dürfen Privatschulen, die**  
18 **dem Grundgesetz, insbesondere dem Sonderungs-**  
19 **verbot, widersprechen, nicht genehmigt werden. Die**  
20 **GEW wendet sich gegen Genehmigungen für Privat-**  
21 **schulen, die Schulbeiträge erheben, die erheblich ü-**  
22 **ber dem vom Bundesverfassungsgericht als unbe-**  
23 **denklich eingestuften Betrag liegen.**

#### 24 25 **2. Grundschulen unterliegen strengeren Genehmi-** 26 **gungsbedingungen**

27 Für die Genehmigung von Grundschulen muss zusätzlich  
28 zu den bereits genannten Bedingungen auch ein besonde-  
29 res pädagogisches Interesse anerkannt werden. Be-  
30 kenntnis- oder Weltanschauungsschulen dürfen nur errich-  
31 tet werden, wenn eine öffentliche Schule dieser Art in der  
32 Gemeinde nicht besteht.

33 In den östlichen Bundesländern haben die Grundschul-  
34 schließungen vielerorts zur Entstehung von privaten  
35 Grundschulen geführt.

#### 36 37 **Beschluss 2**

38 **Die GEW tritt dafür ein, dass getreu dem Motto: „Kur-**  
39 **ze Beine, kurze Wege“ öffentliche Grundschulangebo-**  
40 **te auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in erreich-**  
41 **barer Nähe verbleiben. Nur so kann einer Privatisie-**  
42 **rungsentwicklung im Grundschulbereich entgegen-**  
43 **gewirkt werden.**

#### 44 45 **3. Besondere Rechtsstellung von Schulen der däni-** 46 **schen Minderheit**

47  
48 Mit dem in der Bonn-Kopenhagen-Erklärung von 1955  
49 verbrieften Recht auf Einrichtung von allgemeinbildenden  
50 Schulen, Volkshochschulen und Kindergärten soll der Be-  
51 sonderheit einer Minderheit in ihrer sprachlichen und kul-  
52 turellen Identität Rechnung getragen werden. Die Schulen

1 der dänischen Minderheit haben vor diesem Hintergrund  
2 für die dänische Minderheit eine vergleichbare Bedeutung  
3 wie die öffentlichen Schulen für die Mehrheitsbevölkerung.  
4 Insofern handelt es sich bei den dänischen Schulen nicht  
5 um eine Alternative zum öffentlichen Schulsystem in  
6 Schleswig-Holstein. Um diesen minderheitenpolitischen  
7 Unterschied zu den übrigen Ersatzschulen in freier Trä-  
8 gerschaft zum Ausdruck zu bringen, werden sie im Schu-  
9 lgesetz seit 2007 in § 124 extra erwähnt.

10  
11 Laut schleswig-holsteinischem Schulgesetz werden die  
12 Schulen der dänischen Minderheit mit 100 % der öffentli-  
13 chen Schülerkostensätze bezuschusst. Durch eine Zu-  
14 satzklausel im Schulgesetz ist allerdings aus Gründen der  
15 Haushaltskonsolidierung für die Jahre 2011 und 2012 von  
16 diesem Vorgehen abgewichen worden und eine 85 % Be-  
17 zuschussung festgesetzt worden.

### 18 **Beschluss 3**

19 **Die GEW hält diese Sparmaßnahme für unverhältnis-**  
20 **mäßig und fordert die sofortige Streichung der Zu-**  
21 **satzklausel.**

### 22 **4. Privatschulen sind selektive Schulen**

23  
24  
25  
26 Privatschulen unterscheiden sich in mehreren Bereichen  
27 wesentlich von den öffentlichen Schulen.

28 Schulformen wie Gymnasium oder Realschule sind bun-  
29 desweit überproportional vertreten.

30 Die Elternschaft rekrutiert sich vornehmlich aus bildungs-  
31 nahen Schichten.<sup>1</sup>

32 Durch besondere Profilbildungen und die Möglichkeit zur  
33 SchülerInnenwahl haben Privatschulen mehr Möglichkei-  
34 ten als öffentliche Schulen auf die Zusammensetzung ih-  
35 rer Schüler- und Elternschaft Einfluss zu nehmen.

36 Privatschulen haben daher einen verstärkenden Differen-  
37 zierungseffekt, der die Wahrnehmung des gesellschaftli-  
38 chen Integrationsauftrages von Schule erschwert wenn  
39 nicht sogar unmöglich macht.

### 40 **Beschluss 4**

41 **Die GEW bekämpft daher Privatschulgenehmigungen,**  
42 **die öffentliche Schulen in ihrem Bestand gefährden.**

### 43 **5. Bessere Pisa-Ergebnisse durch Privatschulen?**

44  
45  
46  
47 Vielfach wird den privaten Schulen eine höhere Leistungs-  
48 fähigkeit unterstellt. Dieses konnte noch in keiner Unter-  
49 suchung nachgewiesen werden. Leistungsunterschiede  
50 scheinen in erster Linie auf die soziale Auswahl der Schü-

---

<sup>1</sup> Lohmann, H., Spieß, C.K. (2009): Der Trend zur Privatschule geht an bil-  
dungsfernen Eltern vorbei. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 38, S.  
640-646

1 lerschaft zurückzugehen nicht jedoch auf die Art der Trä-  
2 gerschaft einer Schule. Auch die These, dass Länder mit  
3 einem hohen Privatschulanteil in den Pisa-  
4 Untersuchungen besser abschneiden, ist bislang nicht be-  
5 legt. Ebenso wenig belegt ist die Behauptung, Privatschu-  
6 len würden durch die Konkurrenz mit den öffentlichen  
7 Schulen die Schulentwicklung vorantreiben.

## 8 9 **Beschluss 5**

10 **Die GEW vertritt die Auffassung, dass allein die Kon-**  
11 **kurrenz zwischen öffentlichen und privaten Schulen**  
12 **keine positiven Auswirkungen auf Schulentwick-**  
13 **lungsprozesse hat. Dennoch können beide Bereiche**  
14 **voneinander lernen und profitieren, wenn dieser Aus-**  
15 **tausch organisiert stattfindet.**

## 16 17 **6. Gute Schulen für alle Kinder**

18  
19 Privatschulinitiativen entstehen oftmals aus der Enttäu-  
20 schung gegenüber öffentlichen Schulen und dem individu-  
21 ellen Bedürfnis vieler Eltern, den eigenen Kindern mög-  
22 lichst gute Bildungschancen durch die Wahl der vermeint-  
23 lich besten Schule zu geben. Diesem individuellen Ansatz  
24 stellt die GEW eine gesellschaftliche Perspektive gegen-  
25 über, indem sie sich für gute Schulen für alle Kinder ein-  
26 setzt.

## 27 28 **Beschluss 6**

29 **Die GEW tritt deshalb für eine verbesserte finanzielle**  
30 **Ausstattung des gesamten Schulbereiches ein und**  
31 **fordert den Verbleib der sogenannten demographi-**  
32 **schen Rendite im Bildungssektor.**

## 33 34 **7. Die Finanzierung der privaten Ersatzschulen an** 35 **heutige Bedingungen anpassen**

36  
37 Grundlage für die Zuschussberechnung der privaten Er-  
38 satzschulen mit Ausnahme der Schulen der dänischen  
39 Minderheit sind die öffentlichen Schülerkostensätze des  
40 Jahres 2001.

41  
42 Die GEW fordert die Zugrundelegung der Schülerkosten-  
43 sätze des Vorjahres für alle privaten Ersatzschulen.

44  
45 Vielfach wird die Forderung erhoben, die öffentlichen Zu-  
46 schüsse an private Ersatzschulen zu erhöhen. Laut Lan-  
47 desrechnungshof ist der höhere Bedarf jedoch nicht nach-  
48 gewiesen.

49 Den Privatschulen ist die Möglichkeit gegeben Schulkos-  
50 tenbeiträge bis zu 150 € monatlich zu erheben. Diese  
51 Möglichkeit wird häufig nicht ausgeschöpft.

1 **Beschluss 7**

2 **Die GEW lehnt eine Erhöhung der Zuschüsse für pri-**  
3 **ivate Ersatzschulen auf 100 % des Schülerkostensat-**  
4 **zes der öffentlichen Schulen ab.**

5  
6 Einer Finanzierung des Schulsystems über Bildungsbons  
7 steht nach Auffassung der GEW die Möglichkeit der Pri-  
8 vatschulen entgegen, die Aufnahme einzelner SchülerIn-  
9 nen abzulehnen, da eine Grundlage für Bildungsbons die  
10 freie Schulwahl der Eltern ist.

11  
12 **Beschluss 8**

13 **Die GEW lehnt daher eine Finanzierung über Bil-**  
14 **dungsbons ab.**

15  
16 **7. Verkürzung der Wartefrist**

17  
18 Einer Verkürzung der Wartefrist für Privatschulen steht die  
19 GEW sehr kritisch gegenüber. Ziel dieser Wartefrist ist die  
20 Überprüfung der Leistungsfähigkeit neugegründeten  
21 Schulen im betrieblichen und schulischen Bereich. Gerade  
22 in Zeiten des Schülerrückgangs verstärken Neugründun-  
23 gen von Schulen die Konkurrenz der Schulen untereinan-  
24 der und nicht jede neugegründete Schule kann auch im  
25 zweiten Jahr die Anmeldezahlen halten. Die Erfahrungen  
26 im öffentlichen Bereich zeigen, dass Eltern sich von Jahr  
27 zu Jahr bezüglich der Schulwahl teilweise sehr unter-  
28 schiedlich entscheiden. Ein und dieselbe Schule kann in  
29 dem einen Jahr nicht alle SchülerInnen aufnehmen und  
30 muss im nächsten Jahr um jede Anmeldung kämpfen.

31  
32 **Beschluss 9**

33 **Die GEW vertritt die Auffassung, dass die Wartezeit**  
34 **grundsätzlich bei 2 Jahren bleiben sollte, um zu ent-**  
35 **scheiden, ob sich das Konzept einer Schule als trag-**  
36 **fähig erweist.**

## **Arbeitsbedingungen**

### **Antrag 2.1**

**Antragsteller: Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

#### **Mittelbare pädagogische Arbeitszeit verbindlich regeln**

Die GEW fordert die Landesregierung auf, die Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit von Beschäftigten in Kindertagesstätten in der Kindertagesstätten- und Tagespflegeverordnung verbindlich aufzunehmen. Der Umfang für mittelbare pädagogische Arbeit, die nicht direkt am Kind geleistet wird, muss mindestens ein Drittel der Betreuungszeit am Kind betragen.

Mittelbare pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten beinhaltet neben der Vor- und Nachbereitungszeit z.B. Bildungsdokumentation, Elternarbeit, Dienstgespräche und Teamkoordination, Konzeptionsentwicklung/-weiterentwicklung, Kooperationsaufgaben mit anderen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Schule, Fort- und Weiterbildungen.

Die Erfahrungen in den letzten Jahren zeigen, dass immer mehr Arbeitgeber den Umfang der mittelbaren Arbeit auf Grund misslicher finanzieller Förderung reduzieren. In der verbliebenen Zeit kann die anfallende Arbeit aber nicht geleistet werden, so dass viele Beschäftigte diese Tätigkeiten als unbezahlte Mehrarbeit (Überstunden ohne Ausgleich) ausüben.

Der GLV wird beauftragt, in Gesprächen mit der Landesregierung die Notwendigkeit eines gesetzlich festgeschriebenen Mindestumfangs an mittelbarer Arbeitszeit in Kindertagesstätten zu thematisieren und einzufordern.

Desweiteren wird sich die GEW-SH in den kommenden Tarifrunden auf Bundesebene (z.B. TVÖD) dafür einsetzen, dass dieses Thema in den Forderungskatalog aufgenommen wird. Ziel ist die tarifrechtliche Regelung der mittelbaren Arbeit.

## **Arbeitsbedingungen**

### **Antrag 2.2**

**Antragsteller: Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

#### **Fachkraft-Kind-Schlüssel in Kindertagesstätten verbessern**

Die GEW fordert die Landesregierung auf, die Fachkraft-Kind-Relation in den Gruppen der Kindertagesstätten in einem Stufenplan im Rahmen der KiTa-VO folgendermaßen zu realisieren:

In Elementargruppen für Kinder von drei bis sechs Jahren:  
ab 1. August 2013 max. 20 Kinder ohne Ausnahmeregelungen

1 ab 1. August 2015 max. 18 Kinder  
2 ab 1. August 2017 max. 15 Kinder  
3 bei zwei tatsächlich anwesenden, ausgebildeten Fachkräf-  
4 ten.

5  
6 In Krippengruppen für Kinder bis zu 3 Jahren:  
7 ab 1. August 2013 max. 8 Kinder bei  
8 zwei tatsächlich anwesenden, ausgebildeten Fachkräften.

9  
10 In Horten:  
11 ab 1. August 2013 max. 15 Kinder mit Ausnahmeregelung  
12 max. 17 Kinder  
13 ab 1. August 2014 max. 15 Kinder ohne Ausnahmerege-  
14 lungen

## 15 **Begründung**

16  
17  
18 In den letzten Jahren sind vielfältige zusätzliche Anforde-  
19 rungen auf die Beschäftigten in den Kindertagesstätten  
20 hinzugekommen, so z.B. Bildungsdokumentation, ver-  
21 stärkte Kooperation mit den Eltern bei der Bildung, Erzie-  
22 hung und Betreuung ihrer Kinder, Inklusion, Kooperation  
23 mit den Grundschulen, Sprachförderung, Förderung der  
24 Motorik, kognitiven Entwicklung der Kinder. Dennoch zeigt  
25 sich in den letzten Jahren die Tendenz zu größeren Grup-  
26 pen von Kindern in den Einrichtungen. Die Kindertages-  
27 stätten- und Kindertagespflegeverordnung sieht Ausnah-  
28 men bei den Gruppengrößen von bis zu 22 oder gar 25  
29 Kinder pro Gruppe zu. Diese Ausnahmeregelungen wer-  
30 den mehr und mehr Alltag. Zurückgehende Kinderzahlen  
31 werden durch Zusammenlegen kleinerer Gruppen „kom-  
32 pensiert“. Dieser Trend ist zu stoppen.

33 Kindertagesstätten unterstützen maßgeblich die Bildungs-  
34 prozesse von Kindern, sie fördern die Persönlichkeitsent-  
35 wicklung und sind als zentrale Sozialisationsinstanz für die  
36 Unterstützung der Eltern verantwortlich. Um die u.a. durch  
37 die Bildungsleitlinien gesetzten Aufgaben qualitativ gut re-  
38 alisieren zu können, muss die Obergrenze der Gruppen-  
39 gröÙe folglich gesenkt werden.

40 Eine bessere Fachkraft-Kind-Relation hat direkte, positive  
41 Auswirkungen auf die ganzheitliche Entwicklung der Kin-  
42 der. Durch eine bessere Fachkraft-Kind-Relation können  
43 vermehrt bildungsanregende Impulse gesetzt und Aktivitä-  
44 ten realisiert werden. Eine bessere Fachkraft-Kind-  
45 Relation ermöglicht eine qualitativ hochwertigere Realisie-  
46 rung von individuellen Bildungsprozessen und eine hoch-  
47 wertige Bildungsqualität.

48 Der GLV wird beauftragt, in Gesprächen mit dem zustän-  
49 digen Ministerium auf die Verbesserung der Fachkraft-  
50 Kind-Relation hinzuwirken. Darüber hinaus soll der GLV  
51 mit Bündnispartnern, z.B. aus der freien Wohlfahrtspflege  
52 weiterhin gemeinsam Aktionen zur Verbesserung der  
53 Rahmenbedingungen in Kindertagesstätten durchführen.

54

1 **Arbeitsbedingungen**

2 **Antrag 2.3**

3 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

4  
5 **Pflichtstunden**

6  
7 Der Kreisverband RD-ECK unterstützt den Landesvor-  
8 stand der GEW, sich mit Macht dafür einzusetzen, dass  
9 die Forderungen der GEW hinsichtlich der Pflichtstunden  
10 durchgesetzt werden.

11  
12 **Begründung**

13 Das Land muss zu seinen Zusagen stehen. Während die -  
14 bereits veröffentlichte  
15 - Pflichtstundenregelung von 2009 leichte Verbesserungen  
16 enthielt, zementiert die neue „Sparmaßnahme“ die Un-  
17 gleichheit innerhalb des Schulsystems.

18  
19  
20 **Arbeitsbedingungen**

21 **Antrag 2.4**

22 **Antragsteller: Landesvorstand**

23  
24 **Fahrzeiten beim Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern**  
25 **an verschiedenen Standorten einer Dienststelle**  
26 **(Schulen mit Außenstellen)**

27  
28 Die GEW setzt sich dafür ein, dass regelmäßige Wechsel  
29 der Einsatzorte durch eine entsprechende Reduzierung  
30 der Pflichtstunden bzw. Schaffung einer Ausgleichsstun-  
31 denregelung (wie beispielsweise für Sonderschullehrkräfte  
32 mit Wechsel des Einsatzortes) berücksichtigt werden.

33 Der GLV wird beauftragt, sich gegenüber dem Bildungs-  
34 ministerium für die Durchsetzung dieses Anliegens einzu-  
35 setzen.

36 Die GEW wird die Personalräte über das Anliegen infor-  
37 mieren und sie auffordern, initiativ zu werden, um Aus-  
38 gleichsregelungen zur Entlastung von Fahrtätigkeiten ein-  
39 zurichten.

40  
41 **Begründung**

42  
43 Schulentwicklungsprozesse führten in den vergangenen Jah-  
44 ren zu Zentralisierungen und Schulschließungen. Vieler-  
45 orts wurden Schulen mit anderen organisatorisch verbun-  
46 den und werden nun als Außenstelle weitergeführt.

47 Für Lehrkräfte bedeutet dieses, dass oftmals Unterricht an  
48 verschiedenen Standorten erteilt werden muss und sie  
49 zwischen den Unterrichtsstunden die Schule wechseln  
50 müssen. Neben dem Einsatz des Privat-PKW ist dieses  
51 eine zusätzliche Belastung (Zeitdruck, Wegfallen der Er-  
52 holungspausen)

53 Bei der Arbeitszeit wird dieses in der Regel bisher nicht  
54 berücksichtigt.

1 **Arbeitsbedingungen**

2 **Antrag 2.5**

3 **Antragsteller: Fachgruppe Berufsbildende Schulen**

4  
5 **Mitbestimmung**

6  
7 Die GEW SH setzt sich dafür ein, dass die Mitbestimmungsrechte der Personalräte in Schleswig-Holstein gestärkt werden.

10  
11 Die Verschlechterungen im Mitbestimmungsgesetz im Zusammenhang mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2010 – Verkleinerung der Personalräte (§ 13 MBG), die Kürzung der Schulungstage von 20 auf 10 Tage (§ 37 MBG), sowie die Änderungen bei der Anzahl der (verpflichtenden) Dienststellengespräche (quartalsweise statt monatlich) (§ 47 MBG) – müssen zurück genommen werden.

18  
19 Die Arbeit der Personalräte im Schulbereich muss durch eine höhere Freistellung unterstützt werden! Während in den vergangenen Jahren die Arbeitszeit / Pflichtstundenzahl von Lehrkräften erhöht wurde, blieb die Freistellung der PR per Erlass gleich – die Pflichtstundenerhöhung ging nicht mit einer Erhöhung der Freistellung einher, obwohl die Belastung insgesamt höher wurde – die Personalratsarbeit ist entsprechend noch weniger leistbar!

27  
28 Im Landeshaushalt müssen die erforderlichen finanziellen Mittel für die Personalratsarbeit bereitgestellt werden. Im Bildungshaushalt des Landes ist für Personalratsarbeit ein Gesamttitel für die Reisekosten, Schulungskosten aller PR im Schulbereich vorgesehen. Dieser Titel unterlag in den vergangenen Jahren Kürzungen und Haushaltssperren (auch in den Jahren, in denen die SPD Regierungsverantwortung trug), sodass die Kosten für Reisen und Schulungen der PR und der Schwerbehindertenvertretungen auch in der Vergangenheit nur in Teilen erstattet werden konnten.

39 Der Titel für Personalratsarbeit muss deutlich erhöht werden!

43 **Arbeitsbedingungen**

44 **Antrag 2.6**

45 **Antragsteller: Fachgruppe Schulaufsicht und Schulverwaltung**

48 **Neustrukturierung der Schulaufsicht**

49  
50 In allen Bundesländern wird in den letzten Jahren über eine Neustrukturierung der Schulaufsicht diskutiert, oft wurden vorhandene Strukturen abgeschafft oder ganz neu geordnet, teilweise wurden Reformen in diesem Sinne schon wieder zurückgenommen. Auch in Schleswig-

1 Holstein ist eine Diskussion um eine effizientere,  
2 „schlankere“ Schulaufsicht entstanden, die auf die im  
3 Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP zur Reform der  
4 Schulaufsicht gemachten Aussagen zurückgeht. Da hier  
5 sehr zeitnah wichtige Entscheidungen getroffen werden  
6 könnten, wird der Landesvorstand der GEW beauftragt,  
7 sich des Themas u.a. durch Gespräche mit dem MBK an-  
8 zunehmen.

9  
10 Es ist anzustreben, dass die MitarbeiterInnen der Schul-  
11 aufsicht nicht durch umfassende Rationalisierungsmaß-  
12 nahmen in noch stärkerem Maße belastet werden.  
13 Zugleich sollte sichergestellt werden, dass an die Schullei-  
14 terinnen und Schulleiter nach der Übernahme der Stellen-  
15 ausschreibungen und Stellenbesetzungen im Rahmen von  
16 PBon nicht noch weitere Aufgaben der Schulaufsicht de-  
17 legiert werden, ohne dass es zu einem angemessenen  
18 Zeitausgleich für die Mehrarbeit kommt.

19  
20

1 **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

2 **Antrag 3.1**

3 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

4  
5 **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

6  
7 Der Landesverband wird gebeten, Probleme und wissen-  
8 schaftliche Erkenntnisse des Arbeits- und Gesundheits-  
9 schutzes in Bildungseinrichtungen zu thematisieren und  
10 daraus folgend Initiativen zur Verbesserung zu ergreifen.

11  
12  
13  
14 **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

15 **Antrag 3.2**

16 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

17  
18 **Krankenstand der Lehrkräfte**

19  
20 Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass das  
21 Bildungsministerium den Krankheitsstand der Lehrkräfte  
22 dokumentiert und offen legt und im Bedarfsfall die Res-  
23 sourcen für angemessene Vertretung in den Schulen be-  
24 reitstellt.

25  
26 **Begründung**

27  
28 Seit Einführung von ODIS wird in der Öffentlichkeit der  
29 Eindruck erweckt, dass weniger Unterricht ausfällt. Ver-  
30 mehrter Vertretungsunterricht und Zusammenlegung von  
31 Klassen führen aber zu gesundheitsgefährdender Überlas-  
32 tung der Lehrkräfte und ggf. zu Langzeiterkrankung.

33  
34  
35  
36 **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

37 **Antrag 3.3**

38 **Antragsteller: Fachgruppe Grundschulen**

39  
40 **Krankenstand / Offenlegung der Anzahl tatsächlich**  
41 **regulär erteilter Unterrichtsstunden im Schuljahr**

42  
43 Dass sich das Bildungsministerium mit der ODIS-Abfrage  
44 ständig in die Tasche lügt, kritisiert die GEW seit langem.  
45 Auch ihre Anfragen nach der Krankenstatistik bei Lehrkräf-  
46 ten werden nicht mehr beantwortet. Seit Einführung der  
47 verlässlichen Grundschule möchte das Ministerium die  
48 Tatsachen verschleiern und mit positiven Ergebnissen  
49 glänzen.

50 Dass die Schulen häufig die ungenügenden Vertretungs-  
51 mittel und den Fachkräftemangel aus Bordmitteln ausglei-  
52 chen müssen, führt zwangsläufig zu Verlusten in der Bil-  
53 dungsqualität und bei der Arbeitszufriedenheit der Lehr-  
54 kräfte. Gut vorbereitete Unterrichtsstunden können nicht

erteilt werden, wenn plötzlich die doppelte Schülerzahl aus zwei Klassen betreut werden muss. Also fällt in Wirklichkeit die reguläre Unterrichtsstunde zugleich in zwei Klassen aus. Nach Angaben von KollegInnen treten diese Zustände immer häufiger auf, regulär erteilter Unterricht reduzierte sich in ihren Schulen auf einen Anteil zwischen 42 und 50 Prozent im letzten Jahr.

Die GEW fordert das Bildungsministerium auf,

- a) die Anzahl der tatsächlich regulär erteilten Unterrichtsstunden an Schulen,
- b) Informationen über Krankenzahlen und Krankheitsdauer bei Lehrkräften offen zu legen.

Die GEW führt dazu eine eigene Befragung unter ihren Vertrauensleuten an Grundschulen über einen längeren Zeitraum durch, um eine Vergleichsgröße zu erhalten.

## **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

### **Antrag 3.4**

#### **Antragsteller: Fachgruppe Grundschulen**

#### **Gesunderhaltung der Lehrkräfte – Arbeitsschutzmaßnahme Supervision**

Die Lehrkräfte in Schleswig-Holstein sind besonders großen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt, ihre Arbeitsverdichtung ist hoch und sie fühlen sich zunehmend überfordert.

Durch ständig wechselnde Bestimmungen und Verordnungen sowie zusätzliche Aufgabengebiete ohne entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wurde ihre Belastung vielfach ins Unermessliche gesteigert. Erholungspausen und Rückzugsmöglichkeiten in der Schule fehlen, stattdessen müssen zusätzliche Fahrwege, Ergänzungszeiten und vermehrte Beratungstätigkeit und Vernetzungsgespräche geleistet werden. Hinzu kommt, dass die Lehrkräfte die Probleme mit den entwicklungsverzögerten und/oder verhaltensproblematischen Kindern in ihren Klassen allein bewältigen müssen, da die Unterstützung durch Partizipationsstunden mit Fachkräften häufig fehlen. So können sie weder diesen Kindern, noch den leistungsstarken SchülerInnen gerecht werden, empfinden dies oft gar als eigene Unzulänglichkeit und leiden darunter. Diese psychischen Belastungen sind in vielen Fällen Ursache von Dienstunfähigkeit.

Die GEW fordert von der Landesregierung Supervisionmöglichkeiten zur kostenfreien und individuellen Nutzung für die Lehrkräfte des Landes als eine Arbeitsschutzmaßnahme bereitzustellen.

1 **Bildungsfinanzierung**

2 **Antrag 4.1**

3 **Antragsteller: Landesvorstand**

4  
5 **Gute Bildung ist bezahlbar – auch in Schleswig-**  
6 **Holstein!**

7  
8 Das deutsche Bildungssystem und verstärkt noch das  
9 schleswig-holsteinische Bildungssystem stehen unter e-  
10 normem finanziellen Druck. Die schlechte Finanzlage von  
11 Bund, Ländern und Kommunen sorgt dafür, dass sowohl  
12 Fragen der Bildungspolitik, als auch die Frage der Ar-  
13 beitsbedingungen in pädagogischen Berufen immer stär-  
14 ker unter dem Diktat der angeblich nicht vorhandenen Fi-  
15 nanzmittel diskutiert werden. Die im Bund und in Schles-  
16 wig-Holstein verankerte Schuldenbremse wird diese Prob-  
17 lematik in Zukunft noch verschärfen.

18  
19 Die Finanzprobleme von Bund, Ländern und Kommunen  
20 sind aber kein unabwendbares Schicksal, sondern Ergeb-  
21 nis einer interessengeleiteten Steuerpolitik. Die jahrelange  
22 Politik der Steuersenkungen – vor allem für Unternehmen  
23 und Besserverdienende – haben zu einer Situation ge-  
24 führt, in der die Länder und die Kommunen unzweifelhaft  
25 vor schwierigen finanziellen Problemen stehen. Während  
26 auf der einen Seite also von der Politik Steuern gesenkt  
27 und somit die Einnahmeseite des Staates geschwächt  
28 wurde, wird auf der anderen Seite bei Bildung, Kultur und  
29 Sozialem gekürzt. Diese verhängnisvolle Kürzungspolitik  
30 führt zu einer immer tieferen gesellschaftlichen Spaltung.  
31 Ganzen Bevölkerungsgruppen wird der Zugang zu Bildung  
32 erschwert, immer mehr Möglichkeiten auf gesellschaftliche  
33 Teilhabe werden ihnen genommen. Die fatalen Auswir-  
34 kungen dieser unsozialen Politik werden bei uns und auch  
35 in verschiedenen anderen europäischen Gesellschaften  
36 zunehmend deutlicher.

37  
38 Die GEW Schleswig-Holstein fordert den Landtag auf, die  
39 Ausgaben für Bildung nicht zu kürzen, sondern zu erhö-  
40 hen. Die GEW Schleswig-Holstein fordert deshalb von der  
41 Landesregierung eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung  
42 und Wissenschaft in Schleswig-Holstein auf 10 Prozent  
43 des BIP (Bruttoinlandsproduktes). Das entspricht den  
44 vollmundigen Ankündigungen des Bundes und der Länder  
45 auf dem Bildungsgipfel im Jahre 2008, denen nun endlich  
46 Taten folgen müssen. Dies bestätigt auch wieder einmal  
47 der aktuelle Bildungsbericht der OECD, der Deutschland  
48 erneut nur unterdurchschnittliche Bildungsausgaben attes-  
49 tiert. Im Vergleich mit anderen Industrienationen liegt  
50 Deutschland laut OECD in Bezug auf die Bildungsausga-  
51 ben nur auf Platz 30 von 36.

52  
53 Zunehmend stellt sich heraus: Angesichts der jahrelangen  
54 Steuersenkungspolitik wirkt die Schuldenbremse in Bund

1 und Land wie eine Bildungsbremse. Daher lehnt die GEW  
2 Schleswig-Holstein die Schuldenbremse nach wie vor ent-  
3 schieden ab. Kreditfinanzierte Bildungsinvestitionen von  
4 heute stellen eine Investition in die Fähigkeiten zukünftiger  
5 Generationen dar, weil sie sich in Zukunft in einem höhe-  
6 ren Bildungsstand und somit auch in einem höheren  
7 Wohlstand auszahlen. Stattdessen macht die Schulden-  
8 Bremse in Schleswig-Holstein zusammen mit einer ver-  
9 fehlten Steuerpolitik die dringend erforderlichen höheren  
10 Bildungsausgaben unmöglich. Das verstärkt die schon  
11 jetzt dramatische Unterfinanzierung des Bildungssystems.

12  
13 Schleswig-Holstein benötigt keine Schuldenbremse, die  
14 die Erhöhung der Ausgaben verhindert und sogar dafür  
15 sorgt, dass Bildungsausgaben gesenkt werden, sondern  
16 höhere Einnahmen. Die strukturelle Unterfinanzierung des  
17 Bildungssystems muss ein Ende haben. Die GEW  
18 Schleswig-Holstein fordert ein Ende der verhängnisvollen  
19 Steuersenkungspolitik. Wir fordern die zukünftige Landes-  
20 Regierung auf, sich im Bund im Sinne eines zukunfts- und  
21 handlungsfähigen Schleswig-Holsteins für ein gerechtes  
22 Steuersystem stark zu machen. Hohe Einkommen, Ver-  
23 mögen und der Unternehmensbereich müssen wieder in  
24 hinreichendem Umfang an der Finanzierung öffentlicher  
25 Aufgaben beteiligt werden. Nur so ist gute Bildung finan-  
26 zierbar und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen  
27 möglich. Nur so kann der gesellschaftliche Zusammenhalt  
28 auch in Zukunft gesichert werden.

## 31 **Bildungsfinanzierung**

### 32 **Antrag 4.2**

#### 33 **Antragsteller: Fachgruppe Erwachsenenbildung**

#### 34 **Mit Unterfinanzierung und prekärer Beschäftigung** 35 **lassen sich Zukunftsaufgaben in der Weiterbildung** 36 **nicht bewältigen**

37  
38  
39  
40 Wir fordern vom Bund, vom Land Schleswig-Holstein, den  
41 Kommunen und Gemeinden mehr Geld dauerhaft in die  
42 Erwachsenen- und Weiterbildung zu investieren. Dies soll  
43 nicht mehr in Form weiterer befristeter Projektförderung  
44 erfolgen, sondern im Rahmen verstetigter Finanzierung,  
45 die auch den Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse  
46 in der Weiterbildung ermöglicht.

47  
48 Die Bedeutung der Erwachsenen- und Weiterbildung ist in  
49 den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Die EB/WB  
50 in Schleswig-Holstein hat eine zentrale Rolle beim Aufbau  
51 einer nachhaltigen, durchlässigen und flexiblen Bildungs-  
52 infrastruktur übernommen. Sie arbeitet an Schnittstellen  
53 gesellschaftlicher Problemstellungen wie Analphabetis-  
54 mus, Integration von Migrantinnen und Migranten, Über-

1 gang von Schule und Beruf, Hochschulzugang für Arbeit-  
2 nehmerinnen und Arbeitnehmer, um einige wichtige The-  
3 menfelder zu nennen. Daraus ergeben sich immer neue  
4 Anforderungen, denen die Einrichtungen sich stellen.

5 Doch weder die Finanzierung noch die Arbeitsbedingun-  
6 gen vor Ort halten Schritt mit dieser Entwicklung. Entge-  
7 gen den Sonntagsreden zur „epochalen Bedeutung“ der  
8 Weiterbildung kürzen Bund und Land die Mittel in einem  
9 existenzbedrohenden Maß.

10  
11 Die Folgen sind Entlassungen, und die Zunahme prekärer  
12 Beschäftigung. Es ist unverträglich, dass Honorarkräfte  
13 ohne soziale Absicherung, ohne Einkommen im Krank-  
14 heitsfall, ohne Partizipation an Vertretungsrechten für ab-  
15 hängig Beschäftigte, oder befristet und Teilzeit arbeitende  
16 Pädagoginnen und Pädagogen ohne Tarifierung, die  
17 tragende Säule der Bildungsarbeit darstellen.

18  
19 Es geht um eine Verbesserung der sozialen Lage der Be-  
20 troffenen, um die Sicherung der Qualität der pädagogi-  
21 schen Arbeit und um die Erhöhung der Weiterbildungsbe-  
22 teiligung insbesondere bildungsferner Menschen. Und es  
23 geht um die Wertschätzung pädagogischer Arbeit insge-  
24 samt und damit auch um diejenigen, die – heute noch –  
25 „normale“ Arbeitsverhältnisse in Schulen und Bildungsein-  
26 richtungen haben.

27  
28 Daher fordern wir:

- 29  
30 1. Höhere Honorare und soziale Absicherung für frei-  
31 berufliche Lehrkräfte in der Erwachsenen- und  
32 Weiterbildung.
- 33  
34 2. Nachhaltige und angemessene Finanzierung der  
35 öffentlichen Bildungsaufgaben über ein Weiterbil-  
36 dungsgesetz des Landes statt kurzfristiger Projekt-  
37 förderung nach Maßgabe des Haushalts.
- 38  
39 3. Umsetzung des Mindestlohns für die Weiterbildung  
40 in Maßnahmen der arbeitsmarktpolitischen Bildung.  
41 Keine Vergabe von Maßnahmen an Bildungsträger,  
42 die den Mindestlohn nicht einhalten. Rücknahme  
43 der Sparbeschlüsse bei der aktiven Arbeitsmarktpo-  
44 litik.

## 45 46 **Begründung**

47  
48 Gesellschaftliche Veränderungsprozesse und Anforderun-  
49 gen auf dem Arbeitsmarkt verändern die Aufgaben der  
50 Erwachsenen- und Weiterbildung auch in Schleswig-  
51 Holstein. Die demographische Entwicklung erfordert eine  
52 Ausschöpfung und Entwicklung aller vorhandenen Qualifi-  
53 kationspotentiale, um den sich verschärfenden Fachkräf-  
54 temangel auszugleichen. Dafür ist u.a. ein intensiver Aus-

1 bau der Weiterbildung notwendig. Tatsächlich geht die Be-  
2 teiligung an Weiterbildung in Schleswig-Holstein jedoch  
3 seit dem Jahr 2000 von 47 % auf 40 % in 2010 kontinuier-  
4 lich zurück. Ebenso nimmt die soziale Selektivität von Er-  
5 wachsenen- und Weiterbildung zu (Weiterbildung in  
6 Schleswig-Holstein, Länderzusatzstudie 2007). Eine Stu-  
7 die der Hamburger Universität zur Lese- und Schreibkom-  
8 petenz von Erwachsenen sorgt Anfang des Jahres für  
9 Aufsehen: Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis,  
10 dass mehr als vierzehn Prozent (7,5 Millionen) der er-  
11 werbsfähigen Bevölkerung in Deutschland als „Funktiona-  
12 le Analphabet/inn/en“ einzustufen sind.

13  
14 Parallel zu diesen erschreckenden Entwicklungen kürzt  
15 die Landesregierung die Zuschüsse für die Volkshoch-  
16 schulen 2011 und 2012 um 7 %, wobei der Landesanteil  
17 an der Finanzierung der Volkshochschulen 2010 auf dem  
18 Tiefststand von 4,6 % angekommen ist. (Zum Vergleich:  
19 Landesförderung der Volkshochschulen in NRW: 17,3 %).  
20 Die Informations- und Beratungsstellen der Weiterbil-  
21 dungsverbände sollen 2012 um 10 % und 2013 sogar um  
22 36 % gekürzt werden. Damit würde sich das Land aus der  
23 Projektförderung der Verbände ganz zurückziehen, es  
24 bliebe noch eine theoretische EU-Förderung von 50 %.  
25 Kein Träger wird jedoch einen Eigenanteil von 50 % ein-  
26 bringen können. Das wäre das Aus der trägerneutralen In-  
27 formation und Beratung in Schleswig-Holstein und der Ko-  
28 ordination und Kooperation in der Weiterbildung. Parado-  
29 xerweise hat die Landesregierung begleitend zu diesen  
30 Kürzungsmaßnahmen den Entwurf eines Weiterbildungsgesetz-  
31 es vorgelegt. Ein WBG, das den Namen verdient,  
32 muss neben Standards von Qualität und Qualifikation des  
33 Personals auch die notwendige Finanzierung zur Absiche-  
34 rung nachhaltiger Strukturen gewährleisten. Der Entwurf  
35 fällt hinter die Ansprüche und Zusagen des bestehenden  
36 „Weiterbildungskonzeptes“ des Landes zurück und bietet  
37 damit weiteren Kürzungen einen flexiblen Rahmen.

38  
39 Im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Bildung und Wei-  
40 terbildung summieren sich die Kürzungspläne von 2012  
41 bis 2015 auf die atemberaubende Summe von 26,5 Mrd.  
42 Diese Kürzungen werden die Bildungsbenachteiligung  
43 weiter vertiefen und Langzeitarbeitslosigkeit zementieren.  
44 Tausende von Arbeitsplätzen in der Weiterbildung sind ge-  
45 fährdet und viele feste Arbeitsplätze drohen in prekäre Ar-  
46 beitsverhältnisse umgewandelt zu werden. Der Branchen-  
47 tarifvertrag in diesem Segment der Weiterbildung wird  
48 nicht zuletzt auf Druck der Gewerkschaften GEW und  
49 ver.di als Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt wer-  
50 den. Die Arbeitsagenturen sind gefordert, die Einhaltung  
51 der Mindestlöhne bei den durchführenden Trägern ihrer  
52 Maßnahmen sicherzustellen.

53 Die dramatische Zunahme prekärer Beschäftigung insbe-  
54 sondere in der Form von Honorarverträgen verlangt drin-

1 gend sozialpolitische Lösungen. Während z.B. in Nieder-  
2 sachsen der Einsatz von Honorarkräften im Rahmen von  
3 Ganztagschulen kürzlich als rechtswidrig geahndet wurde,  
4 wird in der Erwachsenenbildung der Status freier Honorar-  
5 lehrkräfte als naturwüchsig angesehen, selbst wenn  
6 Lehrkräfte wie in den Integrationskursen 28 Stunden pro  
7 Woche unterrichten, Anwesenheit und Krankheitstage  
8 kontrollieren und fest in ein Lehrgangssystem mit Curricula,  
9 Konferenzen und Prüfungen eingebunden sind.

10  
11 Würden vom Auftraggeber Anteile zur Sozialversicherung  
12 gezahlt, Ausfallgeld für Krankheit und Urlaubsgeld eingerechnet,  
13 müssten die Honorare sich mindestens verdoppeln: Statt  
14 Stundensätzen von 14 bis 20 Euro, die z.B. bei VHSen gängig  
15 sind, müssten mindestens 35 bis 40 Euro gezahlt werden.  
16 Die skandalösen Arbeitsbedingungen machen es den Trägern  
17 zunehmend schwerer qualifizierte Lehrkräfte zu halten oder  
18 neue zu verpflichten. Auch in der Weiterbildung droht Stillstand  
19 durch Fachkräftemangel. Das heißt, Bund, Land und Kommune  
20 müssen ihre Förderung für Einrichtungen der Erwachsenen- und  
21 Weiterbildung deutlich erhöhen. Modelle sozialer Absicherung  
22 müssen entwickelt bzw. flächendeckend eingeführt werden  
23 z.B. nach dem Berliner Modell.  
24

## 25 26 27 **Bildungsfinanzierung**

### 28 **Antrag 4.3**

#### 29 **Antragsteller: Fachgruppe Hochschule und Forschung**

### 30 **Gebührenfreies Studium**

31  
32  
33  
34  
35 Die GEW Schleswig-Holstein setzt sich für ein gebühren-  
36 freies Studium an den Hochschulen des Landes Schleswig-  
37 Holstein ein und unterstützt damit alle Bemühungen  
38 der Hochschul- und Studierendengruppen.

### 39 **Begründung**

40  
41  
42 Seit 1999 setzt sich der Bundesverband der GEW dafür  
43 ein, die Studiengebührenfreiheit gesetzmäßig zu verankern.  
44 Weil sich die Hochschulen offensichtlich zu schwach fühlen,  
45 dies gegenüber dem Land offensiv zu fordern, sondern vielmehr  
46 auf der Landesrektorenkonferenz dieses als Mittel zur Finanzierung  
47 der zunehmenden Kosten in die Diskussion bringen (vgl.  
48 <http://www.shz.de/nachrichten/top-thema/article//unis-wollen-studenten-schonend-zur-kasse-bitten.html> -  
49 24.6.2011), erscheint es geboten, die Studiengebühren-  
50 freiheit erneut und vehement gegenüber der Politik einzufordern.  
51  
52  
53

1 Bildung darf auf keiner Ebene zur „Ware“ werden, die zur  
2 Verhandlung steht. Sie ist als Grundvoraussetzung zur  
3 allgemeinen Bildung eine wichtige Forderung der Gewerk-  
4 schaften. Im vom GEW-Gewerkschaftstag 2009 beschlos-  
5 senen wissenschaftspolitischen Programm der GEW heißt  
6 es erneut eindeutig: „Die GEW lehnt Studiengebühren oh-  
7 ne Wenn und Aber ab – auch in Form von nachlaufenden  
8 Studiengebühren, Langzeitstudiengebühren, Verwal-  
9 tungsgebühren oder Studienkonten.“  
10  
11

1 **Bildung**

2 **Antrag 5.1**

3 **Antragsteller: Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

4  
5 **Plätze für Kinder unter 3 Jahren bedarfsgerecht in**  
6 **Kindertagesstätten schaffen**

7  
8 Die GEW fordert die Landesregierung auf, den Rechtsan-  
9 spruch auf Kindertagesbetreuung für Kinder ab dem voll-  
10 endeten ersten Lebensjahr ab dem 1. August 2013 durch  
11 die Schaffung eines entsprechenden Betreuungsange-  
12 bots in **Kindertagesstätten** zu garantieren. Darüber hin-  
13 aus fordert die GEW ein bedarfsgerechtes Angebot auch  
14 für Kinder im ersten Lebensjahr.

15 Die GEW hält einen bedarfsgerechten Ausbau des  
16 Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren für  
17 dringend geboten und unaufschiebbar. Der Ausbau an  
18 Plätzen für Kinder unter drei Jahren dient der Umsetzung  
19 zentraler gesellschaftlicher Ziele, die im SGB VIII und sei-  
20 nen Ausführungsgesetzen bestimmt wurden. Der Ausbau  
21 trägt zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben bei  
22 und fördert dadurch gerade die Möglichkeit von Frauen,  
23 nach der Geburt eines Kindes früh wieder zurück ins Be-  
24 rufsleben zu gehen. Dadurch kann eine Steigerung der  
25 Frauenerwerbsquote erzielt werden und Brüche in den be-  
26 ruflichen Karrieren junger Frauen und Männer können re-  
27 duziert werden. Darüber hinaus kann die Schaffung eines  
28 bedarfsgerechten Angebots an Plätzen für Kinder unter  
29 drei Jahren Bildungschancen fördern und Bildungsbe-  
30 nachteiligung frühzeitig abbauen.

31 Der tatsächliche Bedarf an Plätzen für Kinder ab dem voll-  
32 endeten Lebensjahr, für die ab dem 1.8.2013 ein Rechts-  
33 anspruch besteht, ist nur schwer einschätzbar. Es ist aber  
34 davon auszugehen, dass die avisierte bundesdurch-  
35 schnittliche Betreuungsquote von 35 Prozent vielerorts  
36 nicht ausreichen wird. In Großstädten kann laut des Deut-  
37 schen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (DV)  
38 von einer Nachfrage an Betreuungsplätzen von weit über  
39 40 Prozent bundesweit ausgegangen werden. Diesen  
40 auch in Schleswig-Holstein vorhandenen regionalen un-  
41 terschiedlichen Bedarfen müssen durch ein entsprechen-  
42 des Angebot vor Ort Sorge getragen werden.

43  
44 **Bildung**

45 **Antrag 5.2**

46 **Antragsteller: Kreisverband Pinneberg**

47  
48 **Zieldiskussion zur Schullandschaft in Schleswig-**  
49 **Holstein**

50  
51 Der Kreisvorstand des Kreises Pinneberg fordert den Ge-  
52 schäftsführenden Landesvorstand auf, in allen Fachgrup-  
53 pen der GEW eine zügige Zieldiskussion darüber zu initiie-

1 ren, welche Schullandschaft die GEW Schleswig-Holstein  
2 anstrebt.

### 3 4 **Begründung**

5  
6 Die GEW hat sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt,  
7 das dreigliedrige Schulsystem durch ein integriertes Ge-  
8 samtschulsystem abzulösen. Da alle Parteien diese Opti-  
9 on nicht mehr zu verfolgen scheinen, vielmehr eine Zwei-  
10 gliedrigkeit anstreben, muss die GEW Schleswig-Holstein  
11 darauf mit klaren Vorschlägen reagieren. Eine innerge-  
12 werkschaftliche Diskussion darüber muss zügig erfolgen.  
13

### 14 15 16 **Bildung**

#### 17 **Antrag 5.3**

18 **Antragsteller: Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

#### 19 20 **Ausbau der Schulsozialarbeit vorantreiben**

21  
22 Die GEW fordert eine systematische Weiterentwicklung  
23 der professionellen Schulsozialarbeit in allen Schulen aller  
24 Schularten Schleswig-Holsteins.

25 Schulsozialarbeit stellt für die GEW ein sozialpädagogi-  
26 sches Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe dar, wel-  
27 ches eigenständig und dauerhaft im Schulalltag zu veran-  
28 kern ist und durch Fachkräfte mit (Fach-) Hochschulaus-  
29 bildung zu leisten ist. Die Kinder- und Jugendhilfe ist ge-  
30 genüber der Schule kein nachrangiges Angebot, sondern  
31 kooperiert gleichberechtigt mit der Schule auf Grundlage  
32 fest vereinbarter Kooperationsmodelle.

33 Die GEW befürwortet die Verankerung der sozialpädago-  
34 gischen Tätigkeit im Rahmen von Schule konzeptionell im  
35 Sozialraum zu verankern. Die Beteiligung an der kommu-  
36 nalen Jugendhilfe- und Bildungsplanung sowie die Vernet-  
37 zung der Schule mit anderen Angeboten der Jugendhilfe  
38 gehören dabei zum primären Arbeitsauftrag der Schulso-  
39 zialarbeit. Die Schulsozialarbeit ist strukturell eigenstän-  
40 dig. Sie dient nicht der Gestaltung der unterrichtlichen  
41 Versorgung (z.B. Verhinderung von Unterrichtsausfall und  
42 ist im engeren Sinne keine Maßnahme der Hilfen zur Er-  
43 ziehung gem. der §§ 27ff. SGB VIII). Die praktische  
44 Durchführung von Freizeitangeboten im Rahmen einer  
45 Ganztagschule ist keine Schulsozialarbeit.

46 Schulsozialarbeit und Schule übernehmen gemeinsam ei-  
47 ne Erziehungs- und Bildungsverantwortung gegenüber  
48 den Schülerinnen und Schülern mit dem Ziel, die individu-  
49 elle und soziale Persönlichkeitsentwicklung der Kinder-  
50 und Jugendlichen zu unterstützen, zu fördern und Bil-  
51 dungsabschlüsse zu ermöglichen. Ziel ist der gelungene  
52 Übergang in das Berufsleben. Insbesondere für Kinder  
53 aus benachteiligten Familien ist Schulsozialarbeit ein  
54 wichtiger Schritt hin zu mehr individueller Förderung und

1    besseren Bildungschancen.  
2    Die GEW fordert für die in Schulsozialarbeit tätigen Per-  
3    sonen unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse auf  
4    der Grundlage einschlägiger Tarifverträge.  
5    Bestehende Formen, die als Projekte stattfinden, sollen in  
6    verbindliche Angebote umgewandelt werden.  
7    Für Schulsozialarbeit müssen landesweit verbindliche  
8    Standards geschaffen werden. Ähnlich dem Kindertages-  
9    stättengesetz-SH sowie der Mindestverordnung für den  
10   Betrieb von Kindertagesstätten in SH müssen auch für die  
11   Schulsozialarbeit in Schleswig-Holstein verbindliche Stan-  
12   dards gesetzlich bzw. per Verordnung geregelt sein, so  
13   u.a. Qualifikation des Personals, Personalbedarf, Vor- und  
14   Nachbereitungszeiten, Fort- und Weiterbildung, Räumlich-  
15   keiten und materielle Ausstattung.  
16   Die GEW setzt sich dafür ein, dass in den bestehenden  
17   Studiengängen in Schleswig-Holstein für die Sozialar-  
18   beit/Sozialpädagogik auf der Ebene des Bachelor of Arts  
19   ein verpflichtendes Modul für den Bereich der Kooperation  
20   von Jugendhilfe und Schule und der Schulsozialarbeit auf-  
21   zunehmen ist. Auf der Ebene des Masters of Arts sollen  
22   eigenständige weiterbildende Studiengänge entwickelt  
23   werden.  
24   Die GEW fordert, dass die Vermittlung gemeinsamer pä-  
25   dagogischer Grundlagen in der erziehungs- und sozialwis-  
26   senschaftlichen Lehre und Forschung eine stärkere Be-  
27   deutung erhält und in gemeinsamen Studienanteilen und  
28   Fortbildungsangeboten verankert wird.  
29   Die GEW fordert von der zukünftigen Landesregierung ei-  
30   nen konsequenten Ausbau der Schulsozialarbeit. Dabei  
31   müssen die durch das Bildungs- und Teilhabepaket zur  
32   Verfügung stehenden Mittel (10 Millionen) konsequent ge-  
33   nutzt werden, neue Stellen für Schulsozialarbeit in  
34   Schleswig-Holstein zu schaffen. Zur besseren landeswei-  
35   ten Umsetzung fordert die GEW von der Landesregierung  
36   deshalb einen landesweiten „Aktionsplan Schulsozialar-  
37   beit“ im Rahmen der laufenden Jugendhilfeplanung in  
38   Schleswig-Holstein. Die GEW wehrt sich entschieden da-  
39   gegen, Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zur  
40   Finanzierung bestehender Angebote zu verwenden, um  
41   kommunale Haushalte zu entlasten.  
42   Schule und Schulsozialarbeit kann nur gemeinsam gelin-  
43   gen, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen exis-  
44   tieren. Die GEW fordert von der Landesregierung, ent-  
45   sprechende finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stel-  
46   len.  
47   Der Geschäftsführende Landesvorstand wird beauftragt, in  
48   Gesprächen mit der Landesregierung den Ausbau von  
49   professioneller Schulsozialarbeit an allen Schulen  
50   Schleswig-Holsteins hinzuwirken.  
51  
52  
53  
54

# 1 **Bildung**

## 2 **Antrag 5.4**

### 3 **Antragsteller: Fachgruppe Grundschulen**

#### 5 **Kleine Grundschulen**

7 Der Rückgang der Schülerzahlen und die Veränderungen  
8 in der Schulstruktur (Abkoppelung der Grundschulteilte von  
9 Sekundarstufe 1), aber auch das Recht der Eltern auf freie  
10 Schulwahl haben dazu geführt, dass vor allem im ländli-  
11 chen Raum, vereinzelt auch in städtischen Brennpunkten,  
12 immer mehr kleine und kleinste Grundschulen entstehen.  
13 Landgemeinden wollen meistens ihren Schulstandort er-  
14 halten, um die Jugend nicht abwandern zu lassen, das ist  
15 verständlich und oft sinnvoll. Auch die GEW teilt die An-  
16 sicht „kurze Beine, kurze Wege“.

17 Dennoch ist nicht zu übersehen, welche Konsequenzen  
18 der Erhalt zahlreicher Standorte mit kleinen Grundschulen  
19 mit sich bringt, unter anderen:

- 20 – höhere Belastung der Lehrkräfte, die von der Stamm-  
21 schule zu den kleinen Standorten pendeln müssen;
- 22 – erschwerte Organisation des Schulbetriebs mit mehre-  
23 ren Standorten;
- 24 – fehlende Zeit und Möglichkeit zur Kommunikation der  
25 Lehrkräfte untereinander;
- 26 – die höhere Belastung und die erschwerte Organisation  
27 können leicht zu Qualitätseinbußen führen;
- 28 – kostspieliger Erhalt mehrerer Gebäude, wo oft eine  
29 Schule ausreichen würde.

31 Die GEW will in Schulen, gerade auch in Grundschulen,  
32 eine hohe Bildungsqualität erhalten bzw. erreichen.

33 Qualitativ gute Grundschulen brauchen mehr Möglichkei-  
34 ten zur Flexibilisierung (z. B. bei Klassenbildung und Klas-  
35 sengrößen) und gute Arbeitsbedingungen für alle Beteilig-  
36 ten: Kinder, pädagogisches und technisches Personal, El-  
37 tern.

38 Sie benötigen dazu die gute räumliche und sächliche Aus-  
39 stattung, gekoppelt mit einer Lehrerstundenzuweisung in  
40 komfortabler Höhe und von gut ausgebildeten Lehrkräften  
41 sowie sonder- und sozialpädagogische Unterstützung für  
42 die Förderung sowohl der lernschwächeren Kinder als  
43 auch leistungsstarker Schülerinnen und Schüler.

45 Um all das für alle Grundschulen zu erreichen und öko-  
46 nomisch sinnvoll zu verwirklichen ist eine zukunftsfähige  
47 Überprüfung und Flexibilisierung nötig. Deshalb sind wir  
48 der Auffassung, dass die örtlichen Gegebenheiten sowie  
49 die Grundsätze und Richtlinien auf den Prüfstand gehö-  
50 ren.

51 Der Landesvorstand sollte schnell einen Diskussionspro-  
52 zess innerhalb der Gewerkschaft in Gang setzen, um ei-  
53 nen Standpunkt zu entwickeln und flexible Lösungsansät-

1 ze zu finden, die den Bedingungen und Anforderungen ge-  
2 recht werden. Die GEW soll dazu

3  
4 a) noch in diesem Schuljahr eine Befragung ihrer Mitglie-  
5 der in Grundschulen zu Mindestgrößen und Mindest-  
6 ausstattung durchführen,

7  
8 b) im Schuljahr 2012/13 einen Fachtag „Kleine Grund-  
9 schulen“ (evtl. unter Einbeziehung von Beteiligten aus  
10 Schulaufsicht und Verwaltung) veranstalten.

## 11 12 13 14 **Bildung**

### 15 **Antrag 5.5**

16 **Antragsteller: Fachgruppe Gemeinschaftsschulen**

### 17 18 **Gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen**

19  
20 Die GEW Schleswig-Holstein setzt sich nachdrücklich da-  
21 für ein, dass jeder Gemeinschaftsschule im Lande eine  
22 gymnasiale Oberstufe zusteht. Diese Oberstufe kann  
23 auch, wenn die Schülerzahlen es erfordern, im Verbund  
24 mit anderen Gemeinschaftsschulen eingerichtet werden.

### 25 26 **Begründung**

27  
28 Der gymnasiale Bildungsgang ist ein konstitutiver Be-  
29 standteil einer Gemeinschaftsschule. Eltern, die für ihre  
30 Kinder den Weg zum Abitur offen halten wollen, müssen  
31 schon bei der Anmeldung im fünften Jahrgang sicher sein  
32 können, dass eine für diese Schule ausgewiesene Ober-  
33 stufe vorhanden ist bzw. verbindlich eingerichtet wird.

34  
35 Sollte diese Bindung nicht erfolgen, ist auf die Dauer der  
36 gymnasiale Bildungsgang an Gemeinschaftsschulen ge-  
37 fährdet, wie es auch an der Politik der derzeitigen Landes-  
38 regierung abzulesen ist. Das bedeutet langfristig, dass der  
39 Weg zum Abitur in Schleswig-Holstein nur über die - wie  
40 auch immer genannten - Gymnasien führt. Das wiederum  
41 führt zu einem zweigliedrigen Schulsystem bestehend aus  
42 Gymnasium und "Restschule". Gegen ein solches System  
43 tritt aber die GEW bundesweit und auch in Schleswig-  
44 Holstein seit langem an.

1 **Bildung**

2 **Antrag 5.6**

3 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

4

5 **Gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen**

6

7 Die Kreisverband RD-ECK fordert den Landesvorstand  
8 der GEW auf, sich dafür einzusetzen, dass in der Neufas-  
9 sung des Schulgesetzes die Möglichkeit uneingeschränkt  
10 erhalten bleibt, dass Gemeinschaftsschulen bei Bedarf  
11 Gymnasiale Oberstufen einrichten können.

12

13 **Begründung**

14

15 Die geplante Einschränkung nützt allein den Gymnasien.

16

17

18

19

20

1 **Inklusion**

2 **Antrag 6.1**

3 **Antragsteller: Fachgruppe Sonderpädagogik**

4  
5 **Umsetzung der Behindertenrechtskonvention (BRK)**

6  
7 Die GEW fordert die Landesregierung auf, die gesetzli-  
8 chen Voraussetzungen für die Umsetzung der UN-  
9 Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderun-  
10 gen zu schaffen. Dazu gehört:

- 11
- 12 • eindeutiger, gesetzlich verankerter Vorrang des ge-  
13 meinsamen Unterrichts vor der separierenden Unter-  
14 richtung. Jedes Kind und jeder junge Mensch hat einen  
15 gesetzlichen Anspruch auf gemeinsamen Unterricht in  
16 einer wohnortnahen Schule. Haushaltsvorbehalte,  
17 sächlicher, organisatorischer oder personeller Art, dür-  
18 fen dieses Recht nicht einschränken. Schulträger und  
19 Ministerium haben dafür die nötigen Voraussetzungen  
20 zu schaffen.
  - 21
  - 22 • ausreichende sonderpädagogische, sozialpädagogi-  
23 sche und pflegerische Ressourcenzuteilung für die  
24 Regelschulen, die sich an den individuellen Bedürfnis-  
25 sen des Menschen orientiert.
    - 26 ○ durchgehende Doppelbesetzung in Klassen mit In-  
27 tegrationsmaßnahmen
    - 28 ○ ausgewiesene Zeitressourcen für die Arbeit im  
29 Team und für die Kooperationsarbeit.
    - 30 ○ ausreichende Ausstattung der Präventionsmaß-  
31 nahmen insbesondere in der Eingangsphase.
    - 32 ○ Bereitstellung von Ressourcen für die sonderpäda-  
33 gogische Förderung in der Eingangsphase.
    - 34 ○ sozialpädagogische Fachkräfte für Schulsozialar-  
35 beit in **jeder** Schule.
  - 36
  - 37 • Schaffung von Barrierefreiheit in allen Bildungseinrich-  
38 tungen.
  - 39
  - 40 • Gezielte Aus- und Fortbildungsangebote für alle Lehr-  
41 kräfte in Inklusionspädagogik.
  - 42
  - 43 • Beauftragung eines wissenschaftlichen Gutachtens  
44 analog zu den Gutachten in Bremen und NRW, das die  
45 bisherige integrative Praxis untersucht und analysiert  
46 und fundierte Wege zur Weiterentwicklung der inklusi-  
47 ven Bildung im Rahmen eines wissenschaftlichen Kon-  
48 zepts aufzeigt.
  - 49
  - 50
  - 51
  - 52
  - 53

1 **Inklusion**

2 **Antrag 6.2**

3 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

4

5 **Meinungsbildung zum Integrations- und Inklusionsun-**  
6 **terricht**

7

8 Integrations- und Inklusionsunterricht finden zurzeit unter  
9 Rahmenbedingungen statt, die für SchülerInnen und Lehr-  
10 rerInnen unerträglich und ineffektiv sind. Die GEW organi-  
11 siert eine Meinungsbildung in der Mitgliedschaft, welche  
12 Konsequenzen hieraus folgen.

13

14

15 **Inklusion**

16 **Antrag 6.3**

17 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

18

19 **Doppelbesetzungen in inklusiven Unterrichtssituatio-**  
20 **nen**

21

22 Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass in  
23 inklusiven Unterrichtssituationen alle Unterrichtsstunden  
24 doppelt besetzt werden müssen. Die Sonderpädagogen  
25 sollen nicht nur beratend, sondern auch unterrichtlich tätig  
26 sein. Es sollte wöchentlich mindestens eine Beratungs-  
27 stunde eingeplant werden.

28

29 **Begründung**

30

31 Nur bei Doppelbesetzung lassen sich binnendifferenzie-  
32 rende Maßnahmen erfolgreich durchführen.

33

34

35 **Inklusion**

36 **Antrag 6.4**

37 **Antragsteller: Kreisverband Rendsburg-Eckernförde**

38

39 **Kinder mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung**  
40 **in Regelschulklassen**

41

42 Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass in  
43 Regelschulklassen, in denen Kinder mit Förderschwer-  
44 punkt Geistige Entwicklung unterrichtet werden, analog  
45 zur Beschulung im Förderzentrum Geistige Entwicklung  
46 vom Schulträger sozialpädagogisches Fachpersonal ge-  
47 stellt wird.

48

49 **Begründung**

50

51 Inklusion darf keine Sparmaßnahme sein in der Form,  
52 dass unausgebildete (und damit kostengünstigere) Schul-  
53 begleiter das Fachpersonal ersetzen.

54

1 **Inklusion**

2 **Antrag 6.5**

3 **Antragsteller: KV Rendsburg-Eckernförde**

4

5 **Förderzentren Lernen**

6

7 Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass För-  
8 derzentren Lernen auch als Schulen mit eigenen Schülern  
9 erhalten bleiben.

10

11 **Begründung**

12

13 Eltern müssen die Wahl haben, ob ihr Kind inklusiv oder in  
14 einem Förderzentrum beschult wird. Etliche Schüler benö-  
15 tigen individuelle Zuwendung und die Beschulung in  
16 Kleingruppen. Eigene Förderklassen an Regelschulen er-  
17 scheinen geeignet.

18

19

20

1 **Hochschule**

2 **Antrag 7.1**

3 **Antragsteller: Fachgruppe Hochschule und For-**  
4 **schung**

5  
6 **Zivilklausel**

7  
8 Die GEW S.-H. setzt sich für eine Unterbindung militäri-  
9 scher Forschung an den Hochschulen des Landes und die  
10 Einführung einer Zivilklausel für den Forschungsbereich  
11 ein.

12  
13  
14 **Begründung**

15  
16 Militärische Forschung wird auch an Schleswig-  
17 Holsteinischen Hochschulen betrieben. Laut einem Bericht  
18 (ZEIT Campus, 7.9.2011) erhielt allein die CAU in den ver-  
19 gangenen 10 Jahren 2,8 Millionen Euro aus dem Etat des  
20 Verteidigungsministeriums.

21 Die GEW S.-H. wird Informationen über den Stand militä-  
22 rischer Forschung an den Hochschulen des Landes sam-  
23 meln und den Mitgliedern darüber berichten.

24 Die GEW B-W ist seit langem auf diesem Gebiet aktiv  
25 ([gew-bw.de/sonderseite\\_zu\\_KIT.html](http://gew-bw.de/sonderseite_zu_KIT.html)) und wirbt für den  
26 Einsatz gegen Militärforschung an deutschen Hochschu-  
27 len und Forschungseinrichtungen und die Einführung von  
28 Zivilklauseln im Hochschulbereich allgemein. Hierzu wur-  
29 de am 7.9.2011 eine Initiative gegen Militärforschung an  
30 Universitäten ins Leben gerufen. Die Zivilklausel hat sich  
31 zu einer Gestaltungsform für die Friedenbindung aller  
32 Hochschulen entwickelt.

33  
34  
35  
36 **Ausbildung**

37 **Antrag 8.1**

38 **Antragsteller: Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe**

39  
40 **Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an Fach-**  
41 **schulen**

42  
43 Die GEW fordert eine systematische Weiterentwicklung  
44 der professionellen Qualifizierung von Erzieherinnen und  
45 Erziehern an Schleswig-Holsteins Fachschulen für Sozial-  
46 pädagogik. Die Fachschulen müssen jungen Lernenden  
47 eine richtungweisende Fachschulausbildung vermitteln,  
48 die eine berufliche und arbeitsbezogene Perspektive im  
49 Rahmen einer dreijährigen, echten Fachschule aufzeigt.  
50 Die GEW lehnt die verkürzte Ausbildungsform, 2jährig für  
51 Sozialpädagogische Assistentinnen/Kinderpflegerinnen,  
52 ab. Teilzeitweiterbildungen am Rande der bestehenden  
53 rechtlichen Regelungen gefährden die Güte der Ausbil-  
54 dung, verhindern möglicherweise den Übergang der Er-

1 zieherinnen an die Hochschulen. Diese berufsbegleiten-  
2 den TZ-Ausbildungen dürfen nur zeitlich begrenzt angebo-  
3 ten werden. Sie müssen folgende Bedingungen erfüllen: a.  
4 2400 Stunden Unterricht Theorie gem. KMK-Beschluss. b.  
5 Ein Praktikum muss in einem Arbeitsfeld außerhalb von  
6 Kindertagesstätten gemacht werden. Die GEW setzt sich  
7 für die nachhaltige Qualifikation an Fach(hoch)schulen  
8 ein, damit der andauernde Ausstieg der Erzieherinnen aus  
9 dem Beruf und die finanzielle Schlechterstellung der  
10 Fachkräfte gestoppt wird.

11

## 12 **Begründung**

13

14 Die Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik  
15 steht aus der Sicht der GEW vor mehreren Herausforde-  
16 rungen:

17 Der demografische Wandel führt zu einem möglichen  
18 Mangel an gut gebildeten und angemessen vorqualifizier-  
19 ten Lernenden an den Fachschulen, insbesondere ab  
20 2016 ff.

21 Die Berufswahl muss für junge Männer attraktiver gestal-  
22 tet werden.

23 Der Bildungsabschluss an den besonderen Fachschulen  
24 muss über das Niveau der echten Fachschulen an das Ni-  
25 veau der Fachhochschulen heranreichen, sodass weiter  
26 führende Studiengänge nicht zu einer erheblichen zeitli-  
27 chen Verzögerung des Eintritts ins Berufsleben führen.

28 Die Einordnung des Bildungsabschlusses in den Deut-  
29 schen Qualifikationsrahmen muss mittelfristig der anderer  
30 Fachschulen (Nautik, Wirtschaft, Technik), Berufsakade-  
31 mien entsprechen.

32 Gegenwärtig besteht die starke Tendenz der Verflachung  
33 der Ausbildung durch die Lockerung der Vorgaben des  
34 Bildungsministeriums. In der Ausnutzung der zentralen  
35 Marktstellung (staatl. Alleinbeschickung des Markts und  
36 Alleinverantwortung) am Ausbildungsmarkt für Erzieherin-  
37 nen werden z.B. Modellversuche unter Ausnutzung der  
38 untersten Grenzbestimmungen der Regelungen der KMK  
39 durchgeführt, um den Ausbildungsgang ab 2012 landes-  
40 weit zu verkürzen und weiter zu entwerten (vgl. auch PI  
41 des Ministers Klug 2609\_Erzieher.pdf). Der massive quan-  
42 titative Ausbau an Ausbildungsplätzen in Schleswig-  
43 Holstein führt zeitgleich dazu, dass die schlechten Ar-  
44beitsbedingungen in Kindertagesstätten, die zu einer ho-  
45ohen Personalfuktuation führen, strukturell nicht verändert  
46 werden.

47

# **Ausbildung**

## **Antrag 8.2**

### **Antragsteller: Landesvorstand**

#### **LehrerInnenausbildung**

Die GEW fordert mittelfristig eine Hochschulausbildung für alle PädagogInnen. Die GEW bekräftigt ihre Forderung nach einer gleichlangen und gleichwertigen Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer unabhängig von ihrem Einsatz in den Schulen im Umfang von 300 ECTS. Die LehrerInnenausbildung an der Hochschule sollte weiterhin im konsekutiven dreijährigem Bachelor- und zweijährigen Masterstudiengang erfolgen. Dabei müssen alle für die Schulen notwendigen Fächer und Lehrämter an den Hochschulen in Schleswig-Holstein angeboten und ausreichend lehramtsrelevante Studienplätze zur Verfügung gestellt werden.

Im Studium müssen erziehungswissenschaftliche, fachliche und fachdidaktische Anteile verknüpft werden, damit die zukünftigen Lehrkräfte in die Lage gesetzt werden, den Anforderungen des Berufes gerecht zu werden. Sie müssen so vorbereitet werden, dass sie die Bildungs- und Erziehungsziele des Schleswig-holsteinischen Schulgesetzes umsetzen können.

Lehrkräfte für allgemeinbildende Schulen werden für die Sekundarstufe 1 ausgebildet. Sie wählen eine zweite Stufe hinzu, so dass es Lehrkräfte für Sek. 1 und Primarstufe und Lehrkräfte für Sek. 1 und 2 unabhängig vom Schulabschluss der SchülerInnen gibt. Lehrkräfte für Berufsbildende Schulen erhalten neben der fachlichen Ausbildung eine pädagogische Kernausbildung. Das Lehramt für Sonderpädagogik erhält eine hohe Durchlässigkeit zum Studium für Sek.1.

Dem Studium sollte ein zehnwöchiges Schulassistentenpraktikum vorangestellt werden, dass der Selbstüberprüfung der Eignung für den Lehrberuf der Studierenden gilt.

Die Praxisanteile müssen sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudienabschnitt erhöht werden, um eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis zu erreichen. Die Einrichtung von Zentren für LehrerInnenbildung an beiden Universitäten ist eine Möglichkeit, die erste, zweite und dritte Phase der Qualifizierung zu verbinden. Eine Verbesserung der Qualität in Ausbildung, Fort- und Weiterbildung ist durch den Austausch der ExpertInnen herzustellen.

Um diese Aufgaben lösen zu können, müssen die Universitäten sachgerecht ausgestattet werden. Die zeitnahe Sicherung des Lehrkräftebedarfs muss zwischen den Hochschulen und dem Land abgeglichen werden. Das Angebot

1 an Ausbildungsplätzen in den einzelnen Fächern wird  
2 schrittweise an dem Lehrkräftebedarf des Landes orientiert.  
3 Steuermöglichkeiten des Staates müssen über die  
4 Beteiligung bei der Akkreditierung sichergestellt werden  
5

6 Die GEW führt im Frühjahr 2012 eine Fachtagung zur Zukunft  
7 der LehrerInnenbildung in Flensburg durch.

8 In der zweiten Hälfte der Wahlperiode verstärkt sie ihren  
9 Einsatz für die Verbesserung der Fortbildung der Lehrkräfte.  
10

11 Die GEW setzt eine AG „Aus- und Fortbildung“ ein.  
12  
13  
14  
15

## 16 **GEW**

### 17 **Antrag 9.1**

18 **Antragsteller: Landesvorstand**  
19

#### 20 **Die Zukunft der GEW gestalten**

- 21
- 22 1. Der GEW-Landesverband führt in der ersten Hälfte des  
23 Jahres 2012 eine „Zukunftswerkstatt“ durch, um eine  
24 Mitgliederbefragung zur „Zukunft der GEW Schleswig-  
25 Holstein“ vorzubereiten.  
26
- 27 2. In der zweiten Hälfte des Jahres 2012 wird die Mit-  
28 gliederbefragung durchgeführt.  
29
- 30 3. Die Mitgliederbefragung wird in einer „Umsetzungskon-  
31 ferenz“ ausgewertet.  
32

#### 33 **Begründung**

#### 34 **Situationsbeschreibung**

##### 35 **1. Die Aufgaben und Herausforderungen an die** 36 **GEW sind gewachsen**

- 37
- 38
- 39 1.1. sich verschlechternde Arbeitsbedingungen
- 40 1.2. Bildungspolitik
- 41 1.3. Tarifpolitik  
42

##### 43 **2. Einhergehender Wandel in der Mitgliedschaft** 44 **(Zahlenanalyse)**

- 45 2.1. Verstärkter Beitritt aus dem Bereich Sozialpädagogi-  
46 scher Berufe
- 47 2.2. Steigender Frauenanteil auf ca. Dreiviertel der Mit-  
48 gliedschaft
- 49 2.3. XX (muss noch ergänzt werden) % Mitglieder im Ru-  
50 hestand
- 51 2.4. weitere Indikatoren  
52

##### 53 **3. Wandel bei FunktionsträgerInnen**

- 54 3.1. weniger aktive Beteiligung der Mitglieder

- 1 3.2. dadurch große Zahl von FunktionsträgerInnen ü 55
- 2 → mehr Arbeit bei Wenigen → abschreckend auf
- 3 neue / junge KollegInnen?!
- 4 3.3. und immer weniger junge FunktionsträgerInnen
- 5 3.4. zu lange Wahlzeiträume?

## 7 **Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Organisationsentwicklung**

10 Diskussion im Hinblick auf drei Bereiche:

### 11 **1. Partizipation / Demokratie**

- 12 1.1. Wie können wir eine Teilhabe der breiten Mitgliedschaft an der demokratischen Willensbildung ermöglichen?
- 13
- 14
- 15
- 16 1.2. Rolle der Fachgruppen und Kreisverbände?
- 17 1.3. Einbindung neuer Mitgliedergruppen (neu im Sinne von z.B. Berufsgruppen und Alter)
- 18
- 19 1.4. Projektorientiertes Arbeiten
- 20 1.5. Zeitausgleich / Geldausgleich für Mitarbeit
- 21 1.6. Einbindung neuer Medien (Homepage / Facebook / Telefonkonferenzen / Videokonferenzen)
- 22

### 23 **2. Offenheit / Transparenz**

- 24 2.1. Attraktivität für junge Menschen erhöhen
- 25
- 26 2.2. Wie können beteiligungsorientiertere Politikformen / Netzwerke / Arbeitsgruppen konkret aussehen?
- 27
- 28 2.3. Enthierarchisierung?
- 29

### 30 **3. Effizienz / Handlungsfähigkeit**

- 31 3.1. Was sind unsere Ziele?
- 32 3.2. Was erwarten wir von uns?
- 33 3.3. Was erwarten die Mitglieder (Dienstleistungsgewerkschaft?)?
- 34
- 35 3.4. Was kann man mit und / oder in der GEW erreichen / bewegen – herausstellen, wofür das Engagement der KollegInnen ein Beitrag / wichtig ist
- 36
- 37
- 38 3.5. Konzentration aufs Kerngeschäft vs. Erweiterung des politischen Mandates?
- 39
- 40 3.6. Welche Strategie zur Erreichung unser Ziele?
- 41

## 42 **GEW**

### 43 **Antrag 9.2**

44 **Antragsteller: Kreisverband Pinneberg**

### 45 **GEW handelt umweltfreundlich und nachhaltig**

46 Die GEW SH verpflichtet sich den Prinzipien der Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit in verschiedensten Bereichen ihres Wirkens:

47 Werbeartikel werden so gewählt, dass sie von guter Qualität und langelig sind, sowie eine möglichst positive CO<sub>2</sub>-

1 Bilanz haben (keine zerbrechlichen Kugelschreiber, Weine  
2 aus Chile usw.).  
3 Tagungsorte sollten bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln  
4 erreichbar sein.  
5 Die GEW SH bringt diesen Antrag auf Bundesebene ein.

6  
7 **Begründung**

8  
9 Die GEW SH trägt aktiv dazu bei, den Klimawandel nicht  
10 weiter zu beschleunigen.

11  
12  
13  
14  
15  
16